Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion. an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 56. | Danzig, den 9. Juli 1913. | 4. Jahrgang.

Zwei Sittenbilder.

Vom Kottbusser Schwurgericht wurde die Witwe Anna Köckeritz aus Drebkau zum Tode verurteilt. Sie hat ihren Liebhaber Fröhlich getötet, zerhackt, verbrannt und das Herz des Ermordeten nach ihrer Angabe in Schmalz gebraten und gegessen. Um den Tod ihres ersten Mannes breitet sich geheimnisvolles Dunkel; er war Schrankenwärter und wurde eines Tages tot zwischen den Schienen aufgefunden. Ein dritter Liebster ist seit Fröhlichs Tode spurlos verschwunden.

Womit nicht gesagt sein soll, daß Witwe Köckeritzens Buhlerschar mit diesen dreien erschöpft war. Im Gegenteil. Nach dem Tode ihres Mannes nahm sie Kostgänger ins Haus; aber auch die Männer, die nicht an ihrem Tische saßen, durften wenigstens das Bett mit ihr teilen. Und das waren nicht wenig! Einer löste den andern ab. Als der Arbeiter Fröhlich mit eingeschlagenem Schädel im Nebenzimmer lag, feierte die Drebkauer Messalina mit einigen Männern des Orts eine Orgie, zu der das Grammophon aufspielte. Eine Bestie also, eine sechsunddreißigjährige Bestie im Frauengewand, für deren Tun sich kein anderer Grund als eben der Hang zur Bestialität finden läßt — so etwa sagten sich die agrarischen Geschworenen samt ihrem Vorsitzenden, der der Angeklagten bald drohend, bald moralisch, bald derb-ironisch kam.

Und doch: ein Gericht, das hier endlich einmal die Erkenntnisse praktisch angewandt hätte, die ein Jurist wie Staatsanwalt Wulffen zu predigen nicht müde wird, wäre den Seelenrätseln der verstockten Mörderin nahegekommen. Daß keiner der Geschworenen die Frage der sexuellen Pathologie aufwarf! Das sozusagen seelische Bild der Angeklagten mutet an wie ein schauderdramatischer erotischer Kinofilm. In ihrer Kammer fand man Broschüren über „Liebeskünste und Zauberei", „Grausamkeit und Verbrechen im sexuellen Leben", „Salomons wunderbares Buch der schwarzen Kunst", Schauer- und Mordgeschichten ebenso wie eine Schwarte über Hypnotismus. Sie quälte Tiere, weil es ihr Vergnügen bereitete, und holte sich bei den Kindern des Ortes Namen wie Katzenjule, Hundejule. Hält man neben diese sadistischen Züge die Aussage der Angeklagten, daß sie das Herz des Gemordeten gegessen, weil ihr dann noch nach einer Schwarzkunstschwarte die Herzen aller Männer zufliegen müßten — so ergibt sich ein psychologisches Bild, daß der geschulte Psychiater und Kriminalpsychologe kennt: das Bild einer Frau, in der sich eine entartete, krankhaft-gesteigerte Sexualität mit dumpf-perversem Aberglauben zu wirrem Wahnwitz mischt, einer Frau, die nach dem Tode des Mannes mit einem Karussel umherzog, und auf die der Kino- und Abnormitätenrummel der Jahrmärkte wirken mußte wie ein Schundroman auf eine verbrecherisch-entartete Phantasie.

Aber die Karusselhyle von Drebkau war keine zahlungsfähige Angeklagte, die einen Stab Psychiater vor Gericht zitieren konnte, und so steht denn am Ende des Drebkauer Kapitels nicht der Irrenarzt der Schönebeck, sondern der Scharfrichter . . .

Ein anderes Bild. Berlin-Moabit. Hauptangeklagter Sittenschutzmann Thiede. Der schneidige Max, wie ihn die Damen des horizontalen Gewerbes nannten. Die Dame Ortmeyer durfte ihn sogar „ihren Max" nennen. Frau Thiede drückte nicht nur ein Auge zu. Es lohnte sich, und — na ja, schließlich ist sogar die Ehe manches Sittenhüters nur, was die bürgerliche Ehe in den meisten Fällen: eine staatlich konzessionierte Schlafzimmer-Konsumgenossenschaft, gemildert durch die Prostitution. Also Frau Thiede schickte sich drein, zumal Frida Ortmeyer ihr Thiedelchen so tadellos von oben bis unten einkluftete. Außerdem wurde das Schutzmannsportemonnaie ab und zu mit einem Goldstück plombiert und für die Frau fiel manches Toilettenstück ab. Dafür teilte sie ihren Mann mit der Dirne, und der Mann wieder teilte mit der Dirne eine Portion Amtsgeheimnisse. Denn die Ortmeyer war nebenbei Vigilantin.

Wißt ihr, was das ist? Eine Vigilantin der Sittenpolizei ist eine wichtige Stütze der Gesellschaft, ist ein bescholtenes Mädchen, das für Bezahlung unbescholtene Mädchen unter die Räder der Kontrolle zu bringen hat. Manches über diese faule Staatseinrichtung wäre in Moabit zu hören gewesen, wenn der Sittenpolizist Lacher auf der Seite der Angeklagten gewesen wäre. Die Zeit am Montag, die vor 2 — zwei — Jahren den Stein der Affäre mit dem Abdruck von Prostituiertenbriefen ins Rollen brachte, schreibt zur Sache Lacher: „Gerade der eine Mann, dessen Briefe uns vorlagen, war ausgelassen worden. In diesen Briefen hatte Herr Lacher seine Vigilantin veranlaßt, einem Mädchen, das er fassen wollte, einen Kerl zuzuschanzen und die Sache so einzurichten, daß es nachher **„hoffentlich auch klappte"**, und es war die Anweisung ergangen: **„Stempeln Sie den Herrn auch gut, damit er nachher Farbe bekennt!"** Aus diesen Briefen ging klar hervor, daß die Frauensperson, die der Polizei Vigilantendienste leistete, selbst eine Straßendirne war, die z. B. einmal ein Sittenschutzmann festnehmen wollte — „aber auf mein Zureden nahm er Abstand". Und als sie die Sorge ausspricht, sie könnte selbst „unter Sitte" gebracht werden, beruhigte sie ihr Auftraggeber, das seien „Märchen". Natürlich, das konnte die Dame doch wohl verlangen, daß sie von der Polizei zum Dank für ihre Dienste nicht selbst belästigt wurde. Dies alles und noch ein bißchen mehr stand in den Briefen, die seinerzeit von der Zeit am Montag veröffentlicht worden sind. Merkwürdigerweise aber trat der Sittenschutzmann, der hier in Rede steht, nicht als Angeklagter auf, sondern — als Entlastungszeuge! Nur drei Sittenschutzleute wurden angeklagt, fünf andere, die vor zwei Jahren gleichfalls vorläufig zur Disposition gestellt worden waren, blieben außer Schußlinie . ."

Tja, die Sittenpolizei ist im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte eine seltsame Institution. Als Frida nach einem Krach von ihrem Thiede unsanft zur Wache gebracht wurde, hauchte sie ihn dort an: **„Kriminalbeamter bist du? Lude bist du! Was du am Leibe hast, ist ja von mir!"** Die Zeugin Walter gar sagte vor Gericht respektlos genug: **„Es ist überall bekannt, daß die Sittenpolizisten nehmen, was sie kriegen!"** Und wofür kriegte der schneidige Max so viel? Seiner schönen Augen wegen, wie das Gericht anzunehmen schien? Die ganze Friedrichstraße in Berlin amüsiert sich über diese naive Auffassung, denn der Wahrheit am nächsten kommt wohl der Sänger, der im Vorwärts spottete:

Schenk' mir Stoff, mein liebes Mädchen,
Zahl' mir auch den Macherlohn,
Und du kommst in Zukunft immer
Ohne Strafmandat davon.

Aber Thiede wurde schließlich nicht wegen Bestechung, sondern wegen Zuhälterei verurteilt. Zu drei Monaten Gefängnis. Bei der Art, wie er einen Teil des unsauber verdienten Hemdzinses seiner Vigilantin in seine Taschen leitete, mag das Urteil immerhin mit Genugtuung erfüllen. Bei tieferer Untersuchung der Dinge aber gilt das Resumé vieler großen Zeitungen: der gestrauchelte Sittenkontrolleur ist das Opfer seines Milieus. Wer zu dem bezahlten Laster in derart engen Beziehungen steht wie der Sittenpolizist, wer so wie er berufsmäßig gezwungen ist, die Degradierten als Menschen fünfter Güte zu behandeln und durch eine entwürdigende Kontrolle in den Morast zu drücken, der muß von besonderem Holze sein, wenn er eine fleckenlose Amtsweste behalten will. Es gibt nur ein Mittel, um den Sumpf, der sich wieder einmal vor einem Gericht aufgetan, zu beseitigen: Hinweg mit diesem sittenpolizeilichen System, das eine größere Kulturschmach ist als alle Prostitution zusammengenommen! Und wenn man sich fragt, was beklemmender wirkt: der Drebkauer Schauerfilm oder das Berliner Sittenpanorama — wahrlich, die Antwort ist nicht leicht.

* * *

Die Rache der Dirne.

Dem Vorwärts wird zu der Frage der polizeilichen Prostituiertenkontrolle geschrieben:

Mit Recht sagen Sie in dem Leitartikel zum Prozeß gegen die Sittenpolizei: Die Drohung „Ich bringe Dich unter Kontrolle" heißt im 20. Jahrhundert **Ich mache Dich ehr- und rechtlos, ich lasse Dich ächten, ich bringe Dich heraus aus der bürgerlichen Gemeinschaft, ich mache Dich wehrloser als ein Straßenhund ist, dem wenigstens der Tierschutzverein zur Seite steht!"**

Wenn die Dirne in ein Bordell gesteckt wird, wird sie der furchtbarsten Ausbeutung durch den Bordellwirt rechtlos preisgegeben. Wenn keine Bordelle vorhanden sind — wie beispielsweise in Berlin — muß die Wirtin auf eine Anklage wegen Kuppelei gefaßt sein, wodurch die armen Mädchen selbstverständlich verbrecherischen Frauen in die Hände gejagt werden, denen alles gleichgültig ist.

Die Polizei konzessioniert die Dirne, aber sie macht sie zugleich vogelfrei, indem sie ihr eine rechtmäßige Wohnung verweigert.

Man kann von der bürgerlichen Gesellschaft freilich nicht verlangen, daß sie die Prostitution ausrottet. Die Prostitution ist ein organischer Teil ihrer selbst und würde immer wieder hervorbrechen, wie stark man sie auch unterdrücken wollte.

Man kann aber von der bürgerlichen Gesellschaft verlangen, daß sie der Dirne, **die sie selber hervorruft, eine rechtliche Existenz verleiht.**

Das Vorhandensein der Prostitution ist eine notwendige Folge der bildschönen Ordnung, unter der wir leben; die Rechtlosigkeit der Dirne aber ist eine brennende Schande für das Bürgertum.

Es ist zudem eine Schande, für die das Bürgertum am eigenen Leibe geradezu furchtbar bestraft wird. Es waltet hier eine unerbittliche Nemesis.

Die bürgerliche Gesellschaft straft die Dirne mit Ruten und wird dafür von ihr mit Skorpionen gezüchtigt.

Die Schrecken der Kontrolle, die vor allem in der absoluten Rechtlosigkeit der kontrollierten Dirne bestehen, führen zunächst zu einer panikartigen Flucht der Mißhandelten. Die Mädchen ziehen die gehetzte Existenz der heimlichen Prostituierten den Schrecken der Kontrolle vor.

Daraus aber entsteht der **ungeheure Seuchenherd der heimlichen Prostitution, der der bürgerlichen Gesellschaft alle Furchtbarkeiten der Syphilis auf den Hals sendet.** Wie mit einem Peitschenhieb der Vergeltung wird hier die kapitalistische Welt für ihren skandalösen Rechtsbruch bestraft.

Wer die wissenschaftliche Literatur über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kennt, wird wissen, daß ein wirksamer Schutz gegen Ansteckung nur geboten werden kann, wenn die Kontrolle durch eine weitgehende, äußerst peinliche Reinlichkeit der Dirne ergänzt wird. Man hat denn auch zu dem Zweck „Merkblättchen" und Anleitungen für Prostituierte herausgegeben.

Aber wie soll eine Dirne, die wie ein Hund getreten wird, der bürgerlichen Welt gegenüber zu einem Verantwortungsgefühl kommen?

Was kann ihr an der Gesundheit einer Welt liegen, die sie wie ein rechtloses Wild hetzt? — Die Behandlung, die sie erfährt, kann sie naturgemäß nur mit einem einzigen Gefühl erfüllen: Rache und dreimal Rache! — Wenn aber die Dirnen so gestellt sind, wird man ihnen vergeblich „Merkblätter" ins Haus senden und hier wird darum die bürgerliche Gesellschaft vom zweiten Peitschenhieb der Vergeltung getroffen.

Nun ist aber die Dirne ein Mensch und wünscht darum menschlichen Verkehr.

Was soll sie tun, da sie ausgestoßen ist?

Sie sucht Anschluß bei den anderen Ausgestoßenen; **sie verbündet sich mit dem Verbrechen** und trifft so ihre brutalen Peiniger mit einem dritten Hieb. —

Daß nebenher von der ganzen Atmosphäre der Korruption auch die überwachende Sittenpolizei vergiftet wird, hat soeben der Prozeß bewiesen.

Die Rache der Dirne vergiftet aber viel mehr als nur die Sittenpolizei, sie vergiftet die ganze Gesellschaft.

Und bestätigt so das Walten einer unerbittlichen Nemesis.

Politische Übersicht.

Neudeutsche „Demokraten".

Die Demokratisierung Deutschlands und Preußens wird von den Liberalen als das nächste Ziel aller praktischen Politik bezeichnet. Darin haben sie ja auch ganz recht. Es ist der Fortschritt, auf den wir zunächst hinarbeiten müssen, überall im Reich und in Preußen demokratische Einrichtungen, z. B. ein demokratisches Wahlrecht zu erringen. Scheint demnach das Ziel das gleiche, das bürgerliche und sozialistische Demokraten zunächst erreichen wollen, so liegt der Schluß nahe, daß sie zum Zweck seiner Verwirklichung zusammengehen können und sogar müssen, daß sie bis auf weiteres eine gemeinsame Phalanx bilden müssen gegenüber der Reaktion. Darum brauchen ja die Unterschiede zwischen Liberalismus und Sozialismus nicht verwischt zu werden, nur soll ihre Austragung vertagt werden, bis einmal das demokratische Deutschland geschaffen ist; man soll sich nicht darauf versteifen, schon jetzt den Kampf zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie zu führen, denn dabei würde der gemeinsame Gegner, die Reaktion, der lachende Dritte sein, die Demokratisierung Deutschlands würde dadurch vereitelt werden. — Dies ungefähr ist der Gedankengang all derer, die nun schon seit so viel Jahren ein gemeinsames Handeln von Sozialdemokratie und Liberalen empfehlen. Wir meinen jedoch, es wird dabei nötig und nützlich sein, sich über die angebliche „Demokratie" unserer Liberalen sorgsam zu vergewissern, und dafür bieten die eben abgelaufenen Jubel- und Trubeltage wieder einmal reichlich Gelegenheit.

Wir wollen nicht davon reden, daß selbst die „demokratischsten" aller liberalen Blätter es sich nicht haben nehmen lassen, ihren Lesern die Kleider der Prinzessinnen, die Speisenfolge allerhöchster Galatafeln, die Liste der verliehenen Orden usw. mit aller Ausführlichkeit zu beschreiben. Gewiß zeugt das ja von einer tief wurzelnden Bedientenhaftigkeit, und ein nationalliberales Blatt ist ja sogar soweit gegangen, sich darüber zu beschweren, daß die Presse keine Orden abbekommen hat, obgleich sie durch ihre ellenlangen Berichte erst die Festlichkeiten „populär" gemacht habe. Für wichtiger als dies halten wir das erneute Bekenntnis zum Monarchismus, das die Liberalen — und zwar alle, nicht nur die Nationalliberalen — in diesen Tagen abgelegt haben.

Man erinnert sich noch der beschämenden Vorgänge im Berliner Rathaus und im preußischen Abgeordnetenhaus, wo unter der Führung der Herren Cassel und Mugdan die „entschieden Liberalen" ihre Königstreue beteuerten. Etwas ähnliches hat sich neuerdings im Berliner Rathaus abgespielt, als der Magistrat Geld zur Straßenausschmückung beim Kaiserjubiläum verlangte. Die Sozialdemokraten verweigerten das aus Prinzip, die „Fortschrittler" ließen durch Herrn Cassel erklären, daß sie aus Prinzip die Huldigung für den Monarchen gutheißen.

Ja, kann man denn nicht — wird mancher erstaunt fragen — kann man denn nicht königstreu sein und gleichwohl ein liberaler Mann? — Gewiß kann man das; wie die Dinge heute liegen, muß man es sogar. Nur hört man damit auf, ein Demokrat zu sein! Und das ist es, was wir jetzt beweisen wollen.

Was nämlich bedeutet das Wort Demokratie? Wer ist ein Demokrat? — Unsere Liberalen lieben es, auf ihre große Geschichte, auf ihre großen Vorgänger mit Stolz hinzuweisen. Holen wir uns also Rat bei den großen Demokraten der Vergangenheit. Johann Jakoby ist zwar am Abend seines Lebens zur Sozialdemokratie übergetreten, aber er tat das wohl nur aus Verzweiflung darüber, daß er bei den Liberalen keine Demokratie finden konnte. Jedenfalls werden die Liberalen nichts dagegen haben, daß man ihn zu den ihren zählt, deren Sache er während der besten Jahrzehnte seines Lebens mit Kraft und Eifer geführt hat. Johann Jakoby hat keinen Zweifel darüber gelassen, was er unter Demokratie verstand. In einer Rede am 11. April 1849 sagte er:

„Die Rechtsgleichheit Aller, also keine Bevorzugung der Geburt, des Standes oder Vermögens, und die Selbstbestimmung, also **keinerlei Herrschaft eines Einzelwillens über den Gesamtwillen,** diese beiden Forderungen sind der Inbegriff der Demokratie."

Und wiederum im Jahre 1858 nannte er Selbstregierung und Rechtsgleichheit „die Seele der Demokratie". In der Tat nehmen ja auch die heutigen Liberalen die Worte Freiheit und Gleichheit als den Inbegriff ihres Strebens in Anspruch. Nun gehört aber kein tiefes Nachdenken dazu, um herauszufinden, daß solch Streben mit der Monarchie schlechterdings unvereinbar ist! Worin besteht

das Wesen des Monarchen? Darin, daß er über das Volk herrscht. Aber der Demokrat will doch, daß das Volk sich selbst regieren soll. Dann muß er doch nach Beseitigung der Monarchie streben, dann darf er doch dem Monarchen nicht huldigen. Und ebenso steht es mit der Rechtsgleichheit. Kann man sich einen Monarchen vorstellen, der nur die gleichen Rechte hat, wie jeder Staatsbürger? Oder gehört es nicht vielmehr zum Wesen des Monarchen, daß er Vorrechte hat?

Man mag also die Sache betrachten, von welcher Seite man will — immer kommt man zu dem Ergebnis: ein aufrichtiger Demokrat muß Republikaner sein, muß die Beseitigung des Monarchen anstreben. Darüber war sich auch Johann Jakoby vollkommen klar. Schon 1848 sagte er:

„Republikanismus ist, dem Begriffe nach, der höchste und reinste Ausdruck bürgerlicher Selbstregierung und Gleichberechtigung; die republikanische Staatsform halte ist daher für die eines freien politisch gebildeten Volkes würdigste Staatsform."

Und ebenso betonte er im Jahre 1858:

„Das Prinzip der Selbstbestimmung, in seiner vollsten Strenge und Konsequenz genommen, schließt jegliche Einwirkung eines fremden Willens . . . aus. Ebenso schließt das Prinzip der Gleichberechtigung jede Art der Bevorzugung durch das Gesetz, jeden Vorrang des einen vor dem andern, mithin die monarchische Staatsform aus."

Freilich ist zuzugeben, daß auch Johann Jacoby seinem Prinzip nicht durchweg treu geblieben ist. Gerade im Jahre 1858 hatte der preußische Liberalismus, an der eigenen Kraft verzweifelnd, seine Hoffnungen auf die Krone gesetzt und machte seinen Frieden mit der Krone. Und Johann Jacoby machte diesen Frieden mit. Doch ist es immerhin noch ein Unterschied, ob man einen bestehenden Zustand anerkennt, weil man sich zu schwach fühlt, ihn zu ändern, oder ob man ihn **aus Prinzip** anerkennt. Das aber tun die heutigen Liberalen. Sie betrachten es als einen Vorwurf, als ein Verbrechen, Republikaner zu sein. Und sie haben auch ganz Recht. Denn für sie ist der Monarch der Schirmherr der bestehenden Staatsordnung, die für das liberale Bürgertum so angenehm ist. Deshalb huldigen sie dem Monarchen aus aufrichtigem Herzen. Dann aber sind sie keine Demokraten mehr, und sie sollen uns nicht zumuten, ihnen zu glauben, daß es ihnen ernstlich um eine Demokratisierung Deutschlands zu tun sei.

Deutschland.

Kanitz.

Zum Ableben des Grafen Kanitz wird uns noch geschrieben: Mit dem Grafen Kanitz ist einer der letzten Konservativen dahingegangen, die sich durch ihre Kenntnisse und ihre sachliche Kampfesweise auch die Achtung der Gegner zu erwerben verstanden. Graf Kanitz hat bei jenen, die die Lebenshaltung der breiten Volksmassen gegen die Ansprüche der Agrarier verteidigen, stets lebhaften Widerspruch gefunden, er hat aber zugleich auch immer interessiert. Sein berühmter Antrag, mit dem sein Name für alle Zeit verbunden bleibt, hat in den neunziger Jahren im Mittelpunkt der leidenschaftlichsten Kämpfe gestanden. Er war die scharfsinnige Erfindung eines kenntnisreichen Kopfes, der in seiner Art modernen Ideen nicht unzugänglich war.

Der Antrag Kanitz, der dreimal in verschiedenen Fassungen den Reichstag beschäftigte, schlug vor, daß der Einkauf und Verkauf ausländischen Getreides ausschließlich auf Kosten des Reiches erfolgen sollte. Die Verkaufspreise sollten in einer für die damalige Zeit phantastischen Höhe festgelegt werden. Weizen 215 Mark, Roggen 165 Mark, Hafer und Gerste 155 Mark usw. Es war selbstverständlich, daß der Antrag in dieser Form für die Sozialdemokratie ganz unannehmbar war. Trotzdem könnte man es heute fast bedauern, daß er nicht Gesetz geworden ist; denn seitdem ist das Ziel, das er anstrebte, durch den Zolltarif von 1902 in einer andern viel gefährlicheren Form erreicht worden. Roggen steht auch heute, bei verhältnismäßig niedrigen Preisen, mit 168 Mark pro Tonne immer noch um 3 Mark höher, als er nach dem Antrag Kanitz stehen sollte, er hat aber inzwischen auch schon die Höhe von 200 zeitweilig erreicht. Weizen, der heute 203—206 Mark kostet, stand gelegentlich auch schon über 230. Mit den Sätzen des Antrages Kanitz hätten die Massen also im Verhältnis zu den Zolltarifpreisen immer noch ein gutes Geschäft gemacht.

Aber die Bedeutung des Antrages Kanitz liegt nicht so sehr in diesen Preisdifferenzen, wie in der grundsätzlichen Auffassung, die ihm zu Grunde lag. Er war eine gut staatssozialistische Idee, und in Verbindung mit dem demokratischen Reichstagswahlrecht hätte er ganz andere Konsequenzen haben können, als sich die Junker hätten träumen lassen. Man stelle sich einmal vor, der Grundgedanke des Antrags wäre zur Ausführung gelangt, und das Reich hätte tatsächlich das Handelsmonopol für ausländisches Getreide übernommen. Dann wäre jeder Reichstagswahlkampf zu einem Kampf um das tägliche Brot im engsten Sinne des Wortes geworden, und den Massen wäre der nahe Zusammenhang zwischen Reichsgesetzgebung und Lebensmittelpreisen in ganz anderer Weise noch zum Bewußtsein gekommen als jetzt.

Die Junker haben seitdem andere, bequemere Wege eingeschlagen, und der Antrag Kanitz war längst begraben, ehe sein Urheber Abschied vom Zeitlichen nahm. Es kann aber sein, daß er eines Tages seine Wiederauferstehung im Schoße der Sozialdemokratie feiert, nur, daß dann seine Spitze nach der andern Seite gerichtet sein wird. Ein Getreidehandelsmonopol des Reiches wäre sehr wohl geeignet, zwischen den Verbrauchern und den wirklichen Erzeugern des Brotgetreides einen heilsamen Ausgleich zu erzielen, und mit der Verstaatlichung des Handels zugleich die Sozialisierung der Produktion in die Wege zu leiten. Wer weiß, ob wir nicht schon ein gut Stück auf diesem Wege weiter wären, wenn der Antrag Kanitz vor zwanzig Jahren Gesetz geworden wäre.

Durch die Preisgabe der Idee des Grafen Kanitz und die Annahme des Zolltarifs von 1902 ist der Kampf gegen den Brotwucher wesentlich schwerer geworden. Denn der Zolltarif von 1902 enthält alle Nachteile des Antrags Kanitz ohne dessen grundsätzliche Vorzüge. Auch heute bestimmt die Reichsgesetzgebung durch die Höhe des Zolles die Höhe der Brotpreise, und der Brotwucher, den Wilhelm der Zweite damals nicht treiben wollte, ist in einer Form verwirklicht worden, in der ihm viel schwerer beizukommen ist. Uns erinnert der Tod des Grafen Kanitz rechtzeitig daran, daß für die nächsten Jahre harte Kämpfe um die Erneuerung der Handelsverträge und ihrer Grundlage, des Zolltarifs von 1902, bevorstehen. Wie einst im Ringen um den Antrag Kanitz geht es auch hier wieder ums tägliche Brot!

Aus Byzanz.

Das Herzogtum Braunschweig besitzt eine Technische Hochschule und für jährlich 1 125 000 Mark einen Regenten, der zumeist außerhalb Braunschweigs weilt. Rektor und Senat der Technischen Hochschule haben nun den Regenten zum **Doktor-Ingenieur Ehrenhalber** — wie man es nennt — ernannt, nachdem die Hochschule vor einigen Wochen Wilhelm dem Zweiten dieselbe Würde verliehen hat.

Der Rektor, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Beckurts überbrachte die Urkunde an Johann Albrecht und hielt dabei eine Ansprache, in der es wörtlich heißt:

„Eurer Hoheit überaus **erfolggekrönter Tätigkeit als Förderer aller wirtschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen wird im ganzen Reiche und über die Grenzen desselben hinaus in denkbar wärmster Anerkennung und Dankbarkeit gedacht.** An der Entwicklung der Braunschweigischen Industrie haben Eure Hoheit stets die lebhafteste Anteilnahme gezeigt. Die Herzogliche Technische Hochschule erfreut sich seit dem Tage, an welchem Eure Hoheit die Regierung des Landes übernommen haben, höchstihrer lebhaften Fürsorge, die auf weite Kreise der Bevölkerung anregend und vorbildlich gewirkt und das Ansehen der Hochschule gemehrt hat. Die sechs Abteilungen der Herzoglichen Technischen Hochschule haben deshalb einstimmig beschlossen, Eurer Hoheit die **untertänigste Bitte zu unterbreiten, die Würde eines Doktor-Ingenieurs Ehrenhalber, die höchste Auszeichnung, welche die Hochschule zu verleihen hat, huldvollst anzunehmen, als ein Zeichen dankbarer Anerkennung Eurer Hoheit erfolgreicher Förderung technischer Wissenschaft und bildender Kunst.**

Nachdem Eure Hoheit **diesem Wunsche der Hochschule in Gnaden entsprochen haben,** haben Rektor und Senat von dem ihnen zustehenden Ehrenrecht Gebrauch gemacht und über die vollzogene Ehrenpromotion die Urkunde ausgestellt. Ich verbinde mit dem Danke für diesen neuen Gnadenbeweis die Versicherung, daß der Lehrkörper der Hochschule stets bestrebt sein wird, sich dieser **hohen Auszeichnung würdig zu erweisen**, und richte nunmehr die **untertänigste Bitte** an Euere Hoheit, diese Urkunde aus meiner Hand entgegennehmen zu wollen."

Kein Mensch weiß etwas von der Förderung der Industrie durch den Regenten. Nachdem man aber Wilhelm dem Zweiten die Ehrendoktorwürde verliehen hatte, glaubte man auch dem eigenen Landesfürsten dasselbe antun zu müssen. Gegen die übelduftende Byzantinerei des Rektors hatte merkwürdigerweise keiner der Lehrer der Hochschule etwas einzuwenden.

Trübe Tage.

Die Konservativen fühlen sich nicht wohl in ihrer Haut und sie schauen recht schwarz in die Zukunft. Allenthalben verlieren sie an Boden, sie sehen sich in die Verteidigungsstellung gedrängt und sie können es nicht verhindern, daß Ideen triumphieren, die ihnen verhaßt sind wie die Sünde. So herrschte denn auch auf ihrem Pommerschen Provinzialparteitag, der neulich in Colberg versammelt war, eine recht gedrückte Stimmung und ein Redner nach dem andern stimmte sein Klagelied an. Natürlich machte man auch hier vor allem seinem Schmerz über das Vordringen des „demokratischen" Reichsgedankens Luft und Herr v. Kleist-Wussekow erinnerte mit seiner Rede stark an die ablehnende Haltung, die die preußischen Altkonservativen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts gegen die Bismarcksche Reichsgründung eingenommen haben.

Unter der schwarz-weiß-roten Fahne ist Preußen in ein Fahrwasser geführt worden, das uns Preußen nicht recht gefällt. Wir sind in der Ehe, die wir mit den übrigen Bundesstaaten eingegangen haben, zu kurz gekommen, da die Lasten des Staates auf Preußens Schultern in erster Linie liegen. All unser Bestes haben wir an das Reich hingegeben, jetzt aber müssen wir uns gestehen, daß wir den Ehekontrakt etwas leichtsinnig eingegangen sind. Wir haben unser festes Staatsgefüge an die demokratischen Einrichtungen des Reichs ausgeliefert. Offen erheben sich heute die Forderungen der Demokratie nach der Republik. Unsere Pflicht ist es daher, die in Preußen noch fest stehenden Stückchen des Staates, die wir im Landtage und in dem unerschütterlichen Geiste unseres Heeres besitzen, mit allen Kräften festzuhalten.

Ein anderer Redner gab dem Mißtrauen gegen die Regierung Ausdruck, die die Verteidigung der heiligsten Güter den Konservativen allein überlassen, und wie immer, wenn die Junker mit ihrem Latein zu Ende sind, machte man schließlich die Juden für die ganze Misere verantwortlich. Den Harmlosen, meinte Herr v. Hertzberg-Lottin, müsse es in Staunen setzen, daß heute Großkapital und Sozialdemokratie zusammengingen. Warum täten sie es? Weil beide unter jüdischer Führung ständen.

Und dann ging er gegen den Freisinn los, der heute einem echten und wahren Konservativen noch verhaßter ist als die Sozialdemokratie. Der Freisinn müsse grundsätzlich bekämpft werden und das Berliner Tageblatt sei schlimmer als der Vorwärts.

Kurzum, man war sehr niedergeschlagen, und weder der Mittelständler Hammer noch Herr Walz vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband, der die kühne Behauptung aufstellte, der konservative Gedanke habe unter den Angestellten festen Fuß gefaßt, vermochten die Stimmung zu beleben. Wie soll es erst werden, wenn, wie wir hoffen, nun auch noch Salzwedel und Zauch-Belzig der Rechten verloren gehen?

Ein Rekrut von Anno 1813.

Von Erckmann-Chatrian.

9) Autorisierte Übersetzung von Ludwig Pfau.

VI.

Man muß das Rathaus von Pfalzburg am Morgen des 15. Januar 1813 während der Ziehung gesehen haben! Heutzutage mitten im Frieden, jammern die Leute, wenn sie dem Kalbfell folgen müssen. Auch ist es immer noch keine Kleinigkeit, seine Eltern, seine Freunde, sein Dorf, seine Ochsen und Felder zu verlassen, um in irgend einer Garnison in die Geheimnisse des „Eins — Zwei! Eins — Zwei! — Halt — Kopf aufrecht! — Links richt euch! — Steht!" — eingeweiht zu werden. Sicherlich ist's keine Kleinigkeit; aber nach einigen Jahren ist man frei und kann wieder in sein altes Nest zurückkehren. Man hat die Welt gesehen, und erwirbt vielleicht sogar ein Anrecht auf eine Waldschützen- oder Gendarmenstelle mit. Damals aber galt eine niedere Nummer so viel wie ein Totenschein: von hundert kam oft nicht einer zurück.

An jenem Tage also mußten zuerst die von Harberg, die Gar[illegible] und [illegible], dann die aus der Stadt, und zuletzt die [illegible] und Mittelbronner ziehen.

Ich war kaum aufgestanden und, die Ellbogen auf dem Werk[illegible], sah ich all die Leute vorüberziehen: die jungen Leute in Blusen, die alten Männer in Kitteln und baumwollenen Schlafmützen, die alten Weiber in Jacken und Wollröcken, mit krummen Rücken, [illegible] den Stock oder den Regenschirm unter dem Arm. Sie kamen Familie um Familie. Der Herr Unterpräfekt von Saarburg und sein Sekretär, die den Abend vorher im „Roten Ochsen" abgestiegen waren, sahen gleichfalls zum Fenster hinaus.

Um acht Uhr, nach eingenommenem Frühstück, setzte sich Herr Gulden an die Arbeit. Ich hatte nichts genossen, sondern blieb am Fenster, um zu warten, bis der Herr Maire Vermentier mit seinen Adjunkten den Herrn Unterpräfekten abholen.

Die Ziehung begann um 9 Uhr, und bald darauf hörte man die Klarinette des [illegible] und die Geige des großen Andreas durch die Straßen ziehen. Sie spielten den Schwedenmarsch, eine Melodie, unter deren Klängen viele Tausende von armen Teufeln das alte Elsaß auf immer verlassen haben. Die Rekruten tanzten, [illegible] die Höhe, um lustig zu erscheinen, während ihnen der Tod im Herzen saß. [illegible] gelb wie eine Zitrone, und sein Kamerad [illegible] mit Vatermörder bis an die Ohren, [illegible] uns auf der Kirche [illegible] während [illegible] Zeigefinger [illegible] hin unterhalten.

Nun kamen die [illegible] noch trauriger.

Ich hatte eben meinen Sonntagsrock angezogen und meinen Kalabreser aufgesetzt, um auszugehen, als die Tante Gretel in Begleitung Kathrinens ins Zimmer trat.

„Guten Morgen, Herr Gulden! Wir kommen zur Konskription."

Ich sah sofort an Kathrinens roten Augen, wie viel sie geweint hatte. Sie hing sich an meinen Hals, während ihre Mutter unruhig hin und her ging.

Herr Gulden sagte zu ihnen:

„Es wird jetzt bald Zeit sein für die jungen Leute aus der Stadt."

„Ja, Herr Gulden," erwiderte Kathrine halb schluchzend, „die vom Harberg sind fertig."

„Gut, gut," sagte er, „nun ist's Zeit, daß du gehst, Josef; fürchte dich nur nicht so sehr vor dem Losen, es ist das doch bloß wegen der Form. Seit langer Zeit gewinnt man nicht mehr, oder wenn man gewinnt, wird man zwei, drei Jahre später erwischt: alle Nummern sind schlecht. Wenn die Visitationskommission beisammen ist, werden wir sehen, was sich tun läßt. Heute handelt es sich nur um eine Lotterie zur Beruhigung der Leute, bei der aber jeder verliert."

„Ganz gleich," meinte Tante Gretel, „Josef gewinnt."

„Freilich, freilich," antwortete Herr Gulden lächelnd, „es kann nicht fehlen."

Ich verabschiedete mich hierauf mit Kathrine und der Tante, und wir begaben uns auf den großen Platz, wo ein fürchterliches Gedränge war. Alle Straßen und Schenken waren voll von Rekruten mit Bändern an den Mützen; sie sangen, in Tränen zerfließend, wie besessen; andere umarmten sich schluchzend, indem sie ununterbrochen sangen. Zwei oder drei Musiken spielten und fiedelten ohrenzerreißend durcheinander: die vom Zigeuner Waldkurt war auch gekommen.

Vor dem Wachthause bemerkte ich schon von ferne den Hausierer Gipfel, der neben einer langen, ganz mit Bändern behängten Stange stand und den Rekruten Sträuße und bunte Schleifen verkaufte.

Ich wollte schnell vorbeischlüpfen, als er mir nachschrie:

„He, Lahmer, halt — halt! komm' doch, ich habe für dich ein besonders schönes Band aufgehoben, welches Gewinn bringt!"

Dabei schwenkte er über seinem Haupt ein großes schwarzes Band, daß ich unwillkürlich erblaßte. Als wir jedoch die Treppe des Rathauses hinaufstiegen, kam gerade ein Rekrut herunter; es war Klipfel, der Schmied vom französischen Tor, der Nummer acht gezogen hatte, und schon von weitem rief:

„Das schwarze Band für mich, Gipfel! Bring's her, das schwarze Band, es koste, was es wolle."

Er machte ein trübseliges Gesicht und lachte dabei. Sein kleiner Bruder Hans, hinter ihm, rief weinend:

„Nein, Jakob, nein, nicht das schwarze Band!"

Aber Gipfel befestigte bereits das Band an dem Hut des Schmiedes, während dieser sagte:

„Das ist das einzige, was jetzt für uns paßt. Wir sind alle tot, so ist das einfachste, wir tragen unsere Trauer gleich selber."

Ich sah jedenfalls dieses Band lieber an seinem Hut, als an dem meinigen, und schlüpfte schnell unter die Menge um dem Gipfel auszukommen.

Wir hatten große Mühe, in den gewölbten Vorplatz des Rathauses zu gelangen und die alte eichene Stiege emporzuklimmen, wo es auf- und abwimmelte, wie in einem Ameisenhaufen. In dem großen Saale des ersten Stockes ging der Landjäger Keltz hin und her und suchte, so gut er konnte, die Ordnung zu erhalten. In dem Sitzungszimmer nebenan, wo die gemalte Gerechtigkeit mit verbundenen Augen hängt, hörte man die Nummern rufen. Von Zeit zu Zeit kam ein Rekrut heraus, die Nummer an der Mütze, und rannte mit hochrotem Gesichte die Treppe hinab wie ein Stier, der blind fortrennt, um sich den Kopf an einer Mauer einzustoßen. Andere traten langsam und bleich wie der Tod heraus. Die Saalfenster waren offen, und man hörte von unten die lustigen Weisen von sechs oder sieben Musikbanden — es war entsetzlich.

Ich hielt Kathrinens Hand und allmählich gelangten wir durch die Menschenmenge in den Sitzungssaal.

Wir mußten lange warten.

Endlich rief man meinen Namen. Alles Blut drang mir zum Herzen, es flirrte mir vor den Augen, und ohne eigentlich zu wissen, was ich tat, griff ich in den Kasten und zog eine Nummer.

„Nummer 17," rief der Unterpräfekt.

Ich wankte fort, unfähig ein Wort zu sprechen, Kathrine und die Tante hinter mir drein; erst als ich eine Zeitlang in der frischen Luft war, erinnerte ich mich wieder, daß heute Ziehungstag sei und ich Nummer 17 gezogen habe.

Tante Gretel stand wie vernichtet.

„Ich habe dir doch etwas in die Tasche gesteckt," rief sie; „aber dieser Gauner, der Gipfel, hat dir das Los in die Hand gehext."

Zugleich zog sie ein zusammengewickeltes Endchen Schnur aus meiner hinteren Rocktasche. Mir liefen dicke Schweißtropfen die Stirn herab, und Kathrine war totenbleich. So kehrten wir zu Herrn Gulden zurück.

„Welche Nummer hast du, Joseph?" fragte er sogleich.

„Nummer 17", erwiderte die Tante, indem sie auf einen Stuhl sank.

Einen Augenblick schien Herr Gulden bestürzt, dann sagte er aber:

„Besser du als ein anderer; denn mit deinem kurzen Fuß kannst du doch nicht ausmarschieren. Jedermann weiß ja, daß du hinkst; ich werde zum Herrn Maire und zum Herrn Platzkommandanten gehen. Macht euch also keine Sorgen."

Einigermaßen beruhigt durch die zuversichtlichen Worte des guten Herrn Gulden kehrten Tante Gretel und Kathrine voll Hoffnung nach Vierwinden zurück. Was dagegen mich betrifft, so hatte ich von diesem Augenblick an weder bei Tag noch bei Nacht eine ruhige Minute.

Zum Glück ließ uns der Kaiser nicht lange im Zweifel über unser Schicksal. Er hatte eine gute Methode und machte es nicht wie jene Zahnausreißer, die einem zuerst ihre Zangen und Schlüssel zeigen, und einem erst lange in den Mund sehen, so daß man Leibweh bekommt, bevor sie beginnen; er machte kurzen Prozeß: sofort nach der Ziehung rückte die Visitationskommission an, und gleich darauf die Marschorder.

Schon acht Tage nach der Ziehung war die Visitationskommission auf dem Rathause versammelt, wo sich auch alle Schultheißen des Departements und verschiedene Beamte einfanden, um nötigenfalls Auskunft zu geben.

Den Tag vorher hatte Herr Gulden seinen großen kastanienbraunen Mantel angelegt, seine Staatsperücke aufgesetzt und war zum Herrn Maire und zum Herrn Platzkommandanten gegangen, um ihre Uhren zu richten. Er war ganz strahlend zurückgekommen und sagte: „Das geht vortrefflich. Die beiden Herren wissen so gut wie ich, daß du hinkst. „Was verlieren sie denn viele Worte wegen des Josephs," sagten sie zu mir, „er hinkt ja, und der Kaiser braucht Soldaten, keine Schwächlinge."

(Fortsetzung folgt.)

Der Bundesrat hat keine Eile

Wolffs Bureau hat in die Welt hinaustelegraphiert, daß der Bundesrat den Heer- und Deckungsvorlagen in der ihnen vom Reichstag gegebenen Form zugestimmt habe. Und ganz bescheiden in ein paar Worten nur war die Nachricht hinzugefügt, daß der Bundesrat die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Reichsmilitärgesetz einem Ausschuß überwiesen habe. Die Nachricht schien Wolff nicht sonderlich wichtig. Auch dem Bundesrat nicht. Darum erwähnt Wolff sie ganz beiläufig und der Bundesrat versenkt die Novelle, deren Dringlichkeit von allen Parteien des Reichstags bis in die stockigsten Konservativen hinein anerkannt ist, in einen seiner langliebigen Ausschüsse. Das nennt man Respekt vor dem einmütigen Willen des deutschen Volkes!

Der „sozialdemokratische" Attentäter.

Am 13. Mai erschoß in München ein arbeitsloses mit dem Leben zerfallenes Individuum den preußischen Major v. Lewinsky und einen bayerischen Oberwachtmeister. Die Kreuzzeitung trug keinen Moment Bedenken, die Tat auf das Konto der Sozialdemokratie zu setzen. Sie schrieb:

„Anarchismus und Sozialdemokratie, in der Theorie Gegenpole, sind praktisch eng verwandt. Der Haß gegen die bestehende Ordnung ist beiden Nährboden, und ob die ihm entspringende Hetze schließlich in roten Stimmzetteln oder in anarchistischen Mordtaten zum Ausdruck kommt, ist mehr eine Frage der persönlichen Veranlagung derer, die unter den Einfluß dieser Hetze gestellt werden."

Inzwischen hat der Attentäter in der Voruntersuchung erklärt, er sei kein Sozialdemokrat, wenn er auch an der Monarchie manches auszusetzen habe. Er habe aus dem Leben scheiden wollen, und es sei ihm nur darum zu tun gewesen, irgend jemanden mitzunehmen. Man hatte den Eindruck, daß es sich um einen Menschen handle, der, wenn er wirklich nicht im strafrechtlichen Sinn vermindert zurechnungsfähig ist, doch allerlei wirre Ideen im Kopf trägt. Dieser Eindruck wird durch die Schwurgerichtsverhandlung vom Donnerstag vollständig bestätigt. Wieder erzählte der Angeklagte, daß er einen habe „mitnehmen" wollen.

„Er sei täglich nach der Prinzregentenstraße gegangen. Dort sei ihm ein Offizier aufgefallen, es war zwar nur ein Major, aber er habe sich gedacht, wenn er keinen höheren finde, dann werde er den nehmen. An der Uniform habe er gesehen, daß es ein Preuße war, und das sei ihm dann besonders recht gewesen. Er habe sich gedacht, der werde zur preußischen Gesandtschaft gehören, und er sei dorthin gegangen, und als der Offizier herauskam, ihm nach seiner Wohnung nachgegangen. Hier sah er den Namen v. Lewinsky; er habe sich gedacht, das klinge ja ganz österreichisch, und das sei ihm besonders recht, da er in Oesterreich so viel eingesperrt gewesen sei."

Wenn jemand behaupten wollte, der Revolverheld habe unter dem Einfluß bajuvarischer Verhetzung den preußischen Major erschossen, so wäre das zwar auch eine unerhörte Frivolität. Immerhin würde sie aber noch nicht an die Frechheit der Lüge heranreichen, die die Kreuzzeitung sich geleistet hat, und die sie, wie wir sie kennen, auch nach der Schwurgerichtsverhandlung nicht zurücknehmen wird.

Das Schwurgericht hat den Attentäter, Johann Baptist Strasser ist sein Name, zum Tode verurteilt.

Ein Staatsanwalt, der Anstoß erregt.

Der verannte Staatsanwalt Dr. Erich Wulffen hat durch seine publizistische Tätigkeit bei seiner vorgesetzten Behörde Anstoß erregt und ist als Amtsgerichtsrat nach Zwickau versetzt worden. Kein Wunder, denn Wulffen hat manche sozial- und kriminalpsychologische Arbeiten veröffentlicht, die schwere Anklagen gegen die herrschende kapitalistische Gesellschaft bedeuten. Es war die höchste Zeit, daß Herrn Staatsanwalt Wulffen gezeigt wurde, daß in Deutschland ein Staatsanwalt andere Aufgaben zu erfüllen hat.

Deutsch-französisches Abkommen über die Landung von Flugzeugen. Nach Pariser Meldungen sind zwischen der deutschen und der französischen Regierung Vereinbarungen getroffen worden über die Maßnahmen bei der Landung von Flugzeugen. Danach würde man einen Unterschied zwischen privaten und öffentlichen, d. h. Militärflugzeugen machen. Die Insassen der Militärluftfahrzeuge müßten stets Militäruniform tragen. Wenn sie infolge einer Panne oder eines Irrtums zu einer Landung auf fremdem Boden genötigt sein würden, dann würden sie entsprechend dem in Bern ausgearbeiteten Codex Notsignale geben müssen.

Sklavenmärkte in den deutschen Kolonien. In Daressalaam und in anderen größeren deutschen Plätzen Deutsch-Ostafrikas fanden früher sogenannte Arbeitsmärkte statt, bei denen sich die einzelnen Haushaltungen und Pflanzungen mit den nötigen Arbeitern versehen konnten. Arbeitnehmer und Arbeitgeber traten in direkten Verkehr und Verhandlungen. Diese Arbeitsmärkte wurden von gewisser Seite als Sklavenmärkte bezeichnet und ihre Aufhebung daher angeordnet. Nunmehr erfährt die Post, im Reichskolonialamt würden Erhebungen angestellt, die zum Ziel haben, diese Arbeitsmärkte wieder einzuführen. Als Grund wird angegeben, es treten wieder als Arbeitsanwerber Inder, Griechen usw. in die Erscheinung, die ihren Dienst in der Regel doppelt, vom Unternehmer und Arbeiter bezahlen lassen. Die amtliche Aufsicht werde dadurch außerordentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Für die Neger würden daher die Arbeitsmärkte vorteilhafter sein. — Man darf wohl annehmen, daß die Plantagenbesitzer es sind, welche die Sklavenmärkte wieder haben wollen, und zwar wollen sie den Menschenhandel wieder eingeführt wissen um schändlichen Profites willen.

Wahlprüfungen. Jetzt nach der Vertagung des Reichstags rumort ein Teil der bürgerlichen Presse wegen Nichterledigung der Wahlprüfungen. Die Braunschweigische Landeszeitung hat die Legende aufgebracht, es sei zwischen Nationalliberalen, Zentrum und Sozialdemokraten das Abkommen getroffen worden, alle Entscheidungen über ungültig erklärte Wahlen bis zum Herbst zu vertagen. Es kämen dabei besonders in Frage das Mandat des sozialdemokratischen Abgeordneten Haupt, des nationalliberalen Abgeordneten Kölsch und des Zentrumsabgeordneten Kuckhoff. Durch die Vertagung habe man den Genannten die Freikarten für den Sommer retten wollen. — Die ganze Erzählung ist natürlich blöder Unsinn; es kann von einem Abkommen in dieser Richtung gar keine Rede sein, insbesondere hat die Sozialdemokratie mit solchen Dingen nichts zu tun. Die Erledigung der Wahlprüfungen scheiterte lediglich am Zeitmangel.

Der Zug des Herzens. Die Reichspartei scheint endlich den ersehnten Zuwachs zu erhalten. Als im Reichstag der Abgeordnete Schultz-Bromberg seine Zustimmung zum Besitzsteuerkompromiß abgab, erwähnte er in einem Nachsatz, daß auch der Abgeordnete Freiherr v. Heyl sich dieser seiner Erklärung anschlösse. Das ließ schon ein intimeres Verhältnis zwischen der Reichspartei und dem vordem nationalliberalen Herrn v. Heyl vermuten. Jetzt teilt die Wormser Volkszeitung mit, daß nach ihren Informationen der Uebertritt des Freiherrn zu dem kleinen Häuflein um den Bromberger Schultz unmittelbar bevorstehe.

Dahin hat er schon lange gehört und es wäre im Interesse der Klärung der politischen Verhältnisse nur zu begrüßen, wenn er gleich noch einige Mitglieder der nationalliberalen Fraktion zur Begleitung mitnähme. Selbst auf die Gefahr hin, daß damit die Reichspartei wieder Fraktionsstärke erhielte.

Protestversammlung gegen das Erfurter Zuchthausurteil. In Dresden fanden sechs überfüllte zum Teil abgesperrte Versammlungen mit der Tagesordnung „Militärisches Schreckensurteil — Wehrvorlage" statt. In allen Versammlungen machte sich bei Besprechung des Erfurter Urteils stürmische Erregung geltend.

Ausland.

Rußland.

Die Antwort auf die Annahme der deutschen Militärvorlage. Der Kriegsminister verlangt in einer „dringenden Vorlage", die der Reichsduma zugegangen ist, Ergänzungskredite für militärische Bedürfnisse in Höhe von mehreren hundert Millionen. Ueber diese Vorlage wird die Duma in den allernächsten Tagen in geschlossener Sitzung verhandeln.

Der Reichsrat hat das Gesetz über die Anweisung von **58 780 000 Rubel für den Neubau von Kriegsschiffen,** für ihre Ausrüstung und für die Anlegung von Staatswerften gemäß dem sogenannten kleinen Programm in der Fassung der Duma angenommen.

Spanien.

Vom marokkanischen Abenteuer. Eine spanische Kolonne, bestehend aus zwei Kompagnien und zwei Kavallerieabteilungen, die aus Tetuan ausrückte, wurde von Eingeborenen angegriffen und mußte im Schutze der Batterien ins Lager zurückkehren. Später griffen die Eingeborenen Laurient an, wurden jedoch zurückgeschlagen.

Ferner wird aus Madrid berichtet, daß Raisuli den Stammeshäuptlingen befohlen hat, die spanischen Truppen ohne seinen Befehl nicht anzugreifen. Es fragt sich nur, ob die Kabylen dem alten Räuberhauptmann gehorchen.

Tripolis.

Wieder eine italienische Niederlage. Der italienische General Briccola meldet aus Benghasi vom 3. Juli: Heute nachmittag ist eine Abteilung Genietruppen, während sie bei dem Bau der neuen Straße beschäftigt war, von mehreren hundert Mann zu Fuß und zu Pferde angegriffen worden. Die Italiener leisteten lebhaften Widerstand, allein angesichts der Uebermacht des Feindes beschlossen sie, allmählich sich auf Cyrene zurückzuziehen. Es trafen Verstärkungen vom 87. Regiment ein, sowie eine Abteilung Bersaglieri, zogen sich aber vor den heftigen Angriffen auf die Redoute Sassaf zurück, wo sie den Vorstoß des Feindes zum Stehen brachten. Die Verluste der Italiener sind verhältnismäßig bedeutend, aber es fehlen noch genaue Angaben.

Vom Balkan.

Der Krieg zwischen den Verbündeten ist nunmehr auch offiziell erklärt worden. Zwischen den Bulgaren und ihren Gegnern, den Serben und Griechen, fanden bereits mehrere blutige Schlachten statt. Ueber den Ausgang ist nichts sicheres zu erfahren. Jede Partei behauptet, sie hätte gesiegt. Rumänien hat sein Heer mobilisiert und neue Forderungen an Bulgarien gestellt. Das Gebiet, das Rumänien verlangt, umfaßt ein Achtel des bisherigen Bulgarenstaates. Europa steht also wieder einmal vor der Gefahr eines allgemeinen Krieges, denn daß das kriegerische Eingreifen Rumäniens in die Balkanhändel Rußland und Oesterreich in den Kampf hineinziehen würde, ist klar.

Kleine politische Nachrichten.

Der preußische Kriegsminister, Herr v. Heeringen, hat seinen Rücktritt erklärt.

Zur Hebung der Kleinwohnungsnot haben die Stadtverordneten in Dresden 17 Millionen Mark bewilligt.

Typhuserkrankungen. In den letzten Tagen sind in Osnabrück keine neuen Erkrankungen mehr zu verzeichnen. Beim 2. Bataillon befindet sich kein Kranker mehr, beim 17. Bataillon befanden sich noch 57 Mann in ärztlicher Behandlung. Hinsichtlich der Erkrankungsursache hält das Sanitätsamt an der nunmehr gesicherten Erhebung fest, daß die Erkrankungen durch den Paratyphusbazillus und sein Gift hervorgerufen worden sind. Nachdem bis jetzt bei verschiedenen Erkrankten diese Bazillen nachgewiesen wurden, hat die Blutuntersuchung auch die Diagnose bestätigt.

Die Stichwahl im Wahlkreise Salzwedel-Gardelegen zwischen v. Kröcher (Kons.) und Böhme (Lib., Bauernb.) ist auf den 10. Juli, die Stichwahl im Wahlkreise Zauch-Belzig-Jüterbog zwischen v. Oertzen (Reichsp.) und Ewald (Soz.) ist auf den 12. Juli anberaumt worden.

Naumanns Wahl angefochten. Von der deutschsozialen Wahlkreisleitung ist gegen die Wahl Dr. Naumanns zum Reichstag Protest eingelegt worden. Angeblich sollen in verschiedenen Orten des Landes während der Wahlhandlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Der unliebsame Gast. Im allgemeinen ist man in Danzig über die Tagung eines jeden Kegel- oder Pfeifenklubs froh, denn jede dieser Veranstaltungen „bringt Geld in die Stadt". Noch lieber pflegt den Stadtvätern die Anwesenheit eines der großen Zirkusunternehmungen zu sein, weil diese Gelegenheit erfahrungsgemäß manchen Kleinstädter und Landbewohner zur Reise nach der Stadt animiert, wobei er dann Einkäufe erledigt und Geld ausgibt, das er entweder gar nicht oder an anderer Stelle verbraucht hätte. Dieser Standpunkt mag mehr von kleinstädtischem Lokalpatriotismus als von großzügiger Kommunalpolitik an sich haben. Daß er aber in Danzig Geltung hat, wird der nicht bestreiten, der sich erinnert, wie sehr sich gerade die Danziger Stadtverwaltung bemüht, Danzig zur „Kongreßstadt" zu machen und wie dieser Gedanke das Rivalisieren mit Zoppot beeinflußte. Um so eigentümlicher mutet darum ein Brief des Direktors Stosch-Sarrasani an, den die Danziger Bürgerzeitung veröffentlicht. Das Schreiben lautet:

Königsberg, Pr., den 23. Juni 1913.

Sehr geehrte Herren!

Ich ergreife gern die Gelegenheit, um darüber eine Erklärung zu geben, warum ich diesmal auf dem Exerzierplatz in Danzig gespielt habe. Es ist selbstverständlich, daß ich mich zunächst um den Platz am Olivaer Tore, also den städtischen Platz, beworben habe. Es wurde aber meinem Vertreter von dem zuständigen Herrn Stadtrat dieses Gesuch rundweg abgelehnt, weil der Herr Stadtrat bereits mit dem Zirkus Straßburger einen Verpachtungsvertrag abgeschlossen hatte, in dem er dem Zirkus Straßburger den Platz konkurrenzfrei zusicherte, also derart, daß kein anderes Unternehmen vor oder nach diesem Zirkus innerhalb der Monate Mai und Juni in Danzig sich dort aufstellen durfte.

Daß eine derartige Vereinbarung ein eklatanter Verstoß gegen die finanziellen Interessen der Stadt Danzig ist, zumal es ja allseitig bekannt war, daß mein Unternehmen kommen würde, das zu beurteilen, überlasse ich Ihnen. Die Fürsorge des Herrn Stadtrates ging sogar noch weiter. Denn nachdem er meinen Vertreter abschlägig beschieden hatte, telephonierte er noch die Militärverwaltung an, man solle doch der Sarrasanischen Gesellschaft auf keinen Fall einen Platz geben. Und wenn die Militärbehörde nach der Pfeife des Herrn Stadtrates getanzt hätte, so wäre die Stadt Danzig auch noch um die 10 000 Mark Billetsteuer, die sie so durch mich verdient hat (nämlich durch das Entgegenkommen der Garnisonverwaltung), geschädigt worden durch den fürsorglichen Herrn Stadtrat. Zu einer späteren Zeit zu kommen, verbot die Einteilung meiner Tournee, und mußte ich unbedingt den Exerzierplatz wählen. Daß ich lieber den Platz am Olivaer Tore genommen hätte, versteht sich von selbst. Dieser ist härter und eignet sich für Aufbauzwecke besser, ist auch beim Publikum eingeführter und hat Straßenbahnverbindung, auf etwas Mehrkosten wäre es dabei nicht angekommen. Denn ich hätte bei einem so harten Platze nicht den Materialschaden gehabt, den mir der Sand des Exerzierplatzes bei der Abfuhr meines Unternehmens verursacht hat.

Ich finde es vollkommen billig, wenn sich die Stadt für einen guten, geeigneten Platz auch besser bezahlen läßt als der Militärfiskus für einen minderwertigen. Daß die Stadt Danzig mich in jeder Hinsicht beengt hat, ist ein Kapitel für sich.

Mein Vertreter hat beim Herrn Oberbürgermeister über das eigenartige Verhalten des Herrn Stadtrats Beschwerde geführt. Er hat lange Zeit gar keine Antwort erhalten; dann bat er darum, persönlich beim Herrn Oberbürgermeister vorsprechen zu dürfen, und es wurde ihm der kurze Bescheid, der Herr Oberbürgermeister sehe davon ab, ihn zu empfangen. Hätte mir die Stadtgemeinde mehr Freiheit in der Ausdehnung meiner Reklame gegeben, hätte sie mir vor allem auch städtische Plätze zum Aufstellen von Reklametafeln überlassen, so hätte sie nicht nur indirekt ein schönes Stück Geld verdient, sondern auch indirekt wäre für sie ein besseres Resultat bei der Billetsteuer erzielt worden.

Ich danke Ihnen auf jeden Fall für Ihr Interesse an der Sache und zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung
ergebenst
gez. H. Stosch-Sarrasani.

Die Zuschrift zeigt den Danziger Magistrat in wenig großstädtischem Lichte. Da zu erwarten ist, daß die Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung angeschnitten wird, wollen wir mit unserer Meinung zurückhalten, um erst zu hören, was der Magistrat zu sagen hat.

Luftschiff Schütte-Lanz in Danzig. Das Produkt des Erfindergeistes des Professors Schütte, der früher an der hiesigen Technischen Hochschule tätig war, bot Sonntag den Einwohnern von Danzig und der weiteren Umgebung einen bewundernswerten Anblick. Als einzige der hiesigen Zeitungen brachten wir die Nachricht von dem Eintreffen des S.-L. 1 schon in unserer Freitagausgabe. Die Ankunft hatte sich allerdings etwas verzögert, doch nach den letzten Meldungen traf das Luftschiff pünktlich ein. Gegen ½10 Uhr überflog es einen Teil unserer Stadt und fuhr in weitem Bogen über Oliva, Zoppot usw. und tauschte mit den auf der Reede verankerten Kriegsschiffen Grüße. Gegen 10 Uhr ging das Luftschiff, sicher geführt, auf dem durch Husarenmannschaften teilweise abgesperrten großen Exerzierplatz nieder. Die Landung war vollkommen glatt, wozu wohl neben guter Steuerung auch das günstige Wetter ein gut Teil beigetragen hat. S.-L. 1 ist 132 Meter lang, hat einen größten Durchmesser von 18 Meter und zwei Gondeln. Das Luftschiff ist wenige Meter kürzer als das Zeppelinluftschiff, das am Freitag früh auf seiner Fahrt nach dem Liegeplatz Königsberg unsere Stadt überflog. Nachdem das Betriebsmaterial des Luftschiffes ergänzt worden war, stieg dasselbe gegen 4 Uhr nachmittags wieder auf. Das Luftschiff machte noch über Danzig ein paar Schleifen und nach und nach entschwand S.-L. 1 den Blicken in der Richtung nach Königsberg.

Braune Woche!

Wir haben von **heute, den 8. bis 15. d. Mts.**

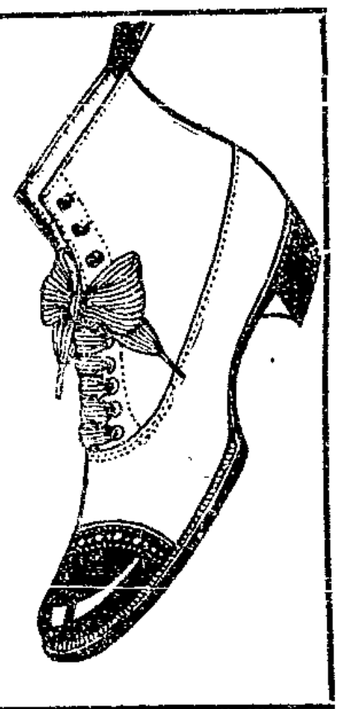
sämtliche braune Schuhwaren

Damen-, Herren- und Kinder-Schnürstiefel, Halbschuhe, Sandalen

ganz bedeutend im Preise herabgesetzt

und bitten das verehrte Publikum, von dieser ausserordentlich billigen Kaufgelegenheit ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Stiefelkönig G. m. b. H. Breitgasse 120.



Auswärtige werden möglichst in einem Tage behandelt.

Zähne 1.00 1.80 M

Zahn-Praxis Reform

Dahlmann, Pfefferstadt 77

(Am Kassubischen Markt, 2 Minuten vom Bahnhof.)

Für Mk. 1,– und Mk. 1.80 liefere Zähne, welche verschiedentlich mit Mk. 3,– und mehr bezahlt werden müssen, und gebe ich trotz der billigen Preise **10 Jahre reelle schriftliche Garantie für Haltbarkeit.**

Allein-Anfertigung für Danzig.

Patent-

„Reform"- Gebiss

ohne Platte.

Bei Bestellung von künstlichen Zähnen **das Zahnziehen kostenlos.**

Zahnziehen in den meisten Fällen fast **schmerzlos**

à 1 Mark.

Nach Aussagen und Anerkennungsschreiben meiner Patienten vollständig **schmerzlos.**

Plomben an 2 M., **Reparaturen** an 1 M.

Sprechzeit von 8–8 Uhr, **Sonntags** von 9–2 Uhr.

Kredit

gewähre ich jedermann bei Entnahme von

Möbeln

und Polsterwaren.

Größte Auswahl

Komplette Musterzimmer.

Garderobe

für Herren, Damen und Kinder

Abzahlung pro Woche

1 Mark

Freie Lieferung

Das vornehme Kredithaus in Danzig

Nic. Pindo Nachf.

M. Grau

Danzig, 4 Holzmarkt 4

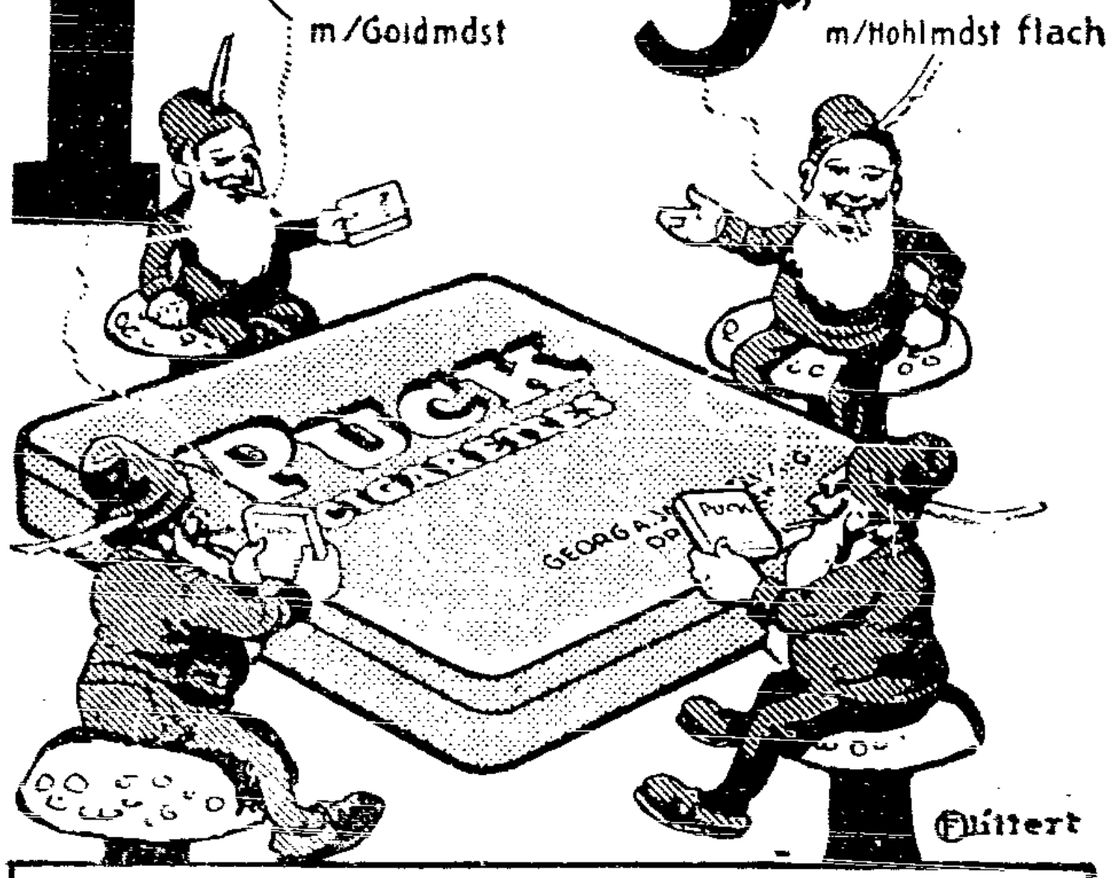
Verlangen Sie meinen Prachtkatalog. Zusendung gratis und franko.

PUCK

die neue

Qualitäts 3 Cigarette

m/Goldmdst m/Hohlmdst flach



GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Regenschirme

größte Auswahl
billigste Preise

Hut-Haus London

nur 2. Damm 10.

Jede Schuhreparatur wird sauber und billig ausgeführt.
G. Lehrke, Hohe Seigen 34.

Holzpantinen

zu Fabrikpreisen
Häkergasse 24, Holzpantinenf.

Konsumverein für Graudenz und Umgegend

eing. Genossensch. m. beschr. Haftpfl.

Mittwoch, den 16. Juli 1913, abends 8 Uhr, findet im „Goldenen Anker" in Graudenz unsere

Vierteljahres-Versammlung

statt, zu welcher die Mitglieder hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Vierteljahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Besprechung über gemeinschaftlichen Bezug von Kohlen zum Winter.
4. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Graudenz und Umgegend
eing. Genossensch. b. beschr. Haftpfl.
A. Engler, Vorsitzender.

Millionen Pfund monatlich täglich mit Niopin gepflegt

Pr. Stargard.

Wir suchen für **Pr. Stargard** per sofort einen

tüchtigen und zuverlässigen Expedienten

Geeignete Genossen wollen sich schriftlich an die Expedition der Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32 wenden.

Erscheint wöchentlich einmal

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte

S. Maltenorf ELBING, Alter Markt 5, Möbel und Konfektion.

N. Fingerhut, Danzig Milchkannengasse 16, Möbel- u. Manufaktur-Konfektion

Alkoholfreie Getränke.

Ohr. Schatz Ohra Teleph. 4.0

Sinalco

Bäckereien.

Arg. Kuhnke, Schidlitz, Karthäuserstr. 10.

Beerdigungsanstalten.

H. Herder Elbing, Wilhelmstr. 56.

Berufskleidung

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Bettfedern und Betten

Hygien. Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt Häkergasse 23. Vert. Betten, Bettfedern, Einschüttungen

Bierbrauereien

Danziger Aktien-Bierbrauerei

Jahresumsatz ca. 100 000 hl.

Bierhandlungen

Bierausschank I. Bublitz Graudenz, Culmerstr. 14–15.

Lt. Brauereiausschank Lt. **Carl Preuss, Graudenz** Langestr. 10, Culmerstr. 17.

Hotel zum jungen Löwen Graudenz, Unterthornerstr. 14.

Blumenhandlungen

H. Gall, Graudenz, Oberthornerstr. 5–6.

Brotfabriken

Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kelkowgasse 15. Diese Schilder kennz. die Niederlagen

Bürsten, Besen, Pinsel

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Butter, Eier, Käse

Horst Lettau, Hundegasse 36 ca. 60 Käsesorten stets am Lager

Cigarrenhandlungen

J. NOETZEL Paradiesgasse 52 vorzügl. Cigarren-Spezialmarken.

M. Krause Rammbau 13 empfiehlt seine Spezialmarken

Corsetts und Schürzen

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Damenputz u. Modewaren

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

M. Laube, Ohra Kurz-, Weiß-, Wollwaren.

Destillation, Liköre

A. ALFERMANN Dampfdestillation „Zur goldenen Kugel" DANZIG, Fischmarkt 40-41.

F. Berner Speicherstadt, Neugasse 1 Kolonialwaren

Oscar Schützmann Tischlergasse 67 Liköre, Rum und Cognac

Drogen und Farben

HYGIEA-DROGERIE, Fischmarkt 1-3. Artikel z. Wäsche und Krankenpflege.

Fahrräder, Nähmaschinen

A. Hein, Breitgasse 115

Ernst Röhl, Breitgasse 78.

Max Ventzki, Hundegasse 21, T. 2404. Dampfwaschmaschine D. R. P. Wringmaschinen. Reparaturen.

L. Renters, ELBING, Schichaustr. 9.

Galanterie u. Lederwaren

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Herrengarderobe

S. Lazarus, Langfuhr, Hauptstr. 53 Arbeiterbekleidung Maßanfertigung • Herrenartikel

Schwersenz Langfuhr, Hauptstraße 40 a Arbeiterbekleidung.

GOLDENE 14 Lange Brücke.

Konfektionshaus Herrenartikel **Herz** Marienwerder Berufskleidung

Herm. Goldblum Neufahrwasser, Arbeiter-Konf. Herren- und Knaben-Bekleidung.

Otto Daberkow Marienwerder, Markt 19 Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel, Arbeiterbekleidung

Herrenartikel

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Hut-Haus London III. Damm 10, Ecke Breitgasse

ENGLISH CLUB Breitgasse 106/107.

SCHMIEDEGASSE 7 Altstädter Graben 78 sämtl. Berufskleidg. z. billigen Preisen.

Kaufhäuser

Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7–8

Sally Bieber, Stadtgebiet 46 Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts

Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15.

C. Ehlert Schidlitz, Karthäuserstr. 130, Futtermittel.

J. Woelke, Ohra, Hauptstr. 19.

Kolonial- und Fettwaren

B. Bahr, Schidlitz, Karthäuserstr. 114.

H. ESAU, — Schidlitz, — Karthäuserstr. 46.

Rich. Folchert Schidlitz, Unterstr. 10.

Theophil Kuschel, Rammbau 42.

Fr. Rauter, Schidlitz, Oberstr. 94.

J. Reischke, Schidlitz, Neue Sorge 7.

Alex Schalke, Fischmarkt 45.

C. E. Schimmelmann vorm. PRANTZ Schüsseldamm 82 Mehl, Hülsenfrüchte etc.

Rob. Schulz SCHIDLITZ Karthäuserstr. 107.

A. Seilke, Schidlitz, Unterstr. 13.

Herm. Sielaff, Schidlitz, Weinbergstr. 27.

E. Warkentin, Schüsseldamm 24.

G. Willutzki, Schüsseldamm 18.

J. Woelke, Ohra, Hauptstrasse 19.

Meiereien

Rob. Kobusch, Schichangasse 18.

F. Steckel, Fischmarkt 5, Häkergasse 37. Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.

Möbelmagazine

Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 2 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.

Molkereien

Central-Molkerei G. m. b. H., Danzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen.

Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte. **Niederlagen in allen Stadtteilen.**

Musikinstr., Grammophone

Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundegasse 33. Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht. Zubehör u. Reparaturen enorm billig.

Papier- und Schreibwaren

G. W. PETERSEN ELBING, Alter Markt 33 Schul- und Büro-Artikel.

Schirme, Stöcke, Mützen

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schneiderei-Artikel

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Schnupftabak-Fabriken

Joh. Kostuchowski Danzig-Schidlitz Karthäuserstr. 113. Telefon 2747.

JULIUS GOSDA Schnupftabak-Fabrik, Kacheler. Danzig, 2/9 Priestergasse 5 Ecke Häkergasse.

Schuhwaren

Großes Schuhwarenlager Inh.: Fortier Repar.-Wkst. Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus. Arbeiter erhalten Extrarabatt.

Schuhwarenhaus Tüchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise

L. Michaelis III. Damm Nr. 6 Heiligegeistg. 86. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.

Seifen- u. Toilettenartikel

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Spielwaren

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Sprechmaschinen, Platten

A. Hein, Breitgasse 115.

L. Renters, ELBING, Schichaustr. 9.

Trikotagen, Wollwaren

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Uhren und Goldwaren

Karczewski, Junkergasse 6

Wäsche, Weiss- u. Wollw.

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Gustav Schröder, für den Inseratenteil Paul Beneke. Verlag Volkswacht J. Gehl & Co. Druck von E. Langowski, sämtliche in Danzig.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 56. | Danzig, den 9. Juli 1913. | 4. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Der politische Meineidsprozeß

gegen Angestellte unseres Waldenburger Parteiorgans hat mit einer Verurteilung zweier der Angeklagten geendet. Dem rachsüchtigen Denunzianten und seinen konservativen Helfershelfern ist es gelungen, zwei Genossen auf lange Zeit ins Zuchthaus zu bringen.

Der erste Verhandlungstag wurde in der Hauptsache ausgefüllt mit den Erklärungen der Angeklagten; zur Zeugenvernehmung kam es darum nur in sehr geringem Maße. Die Erklärungen des Angeklagten Osterroth verdienen besonderes Interesse. Er legte eingehend dar, in welchem Verhältnis die Waldenburger Parteileitung zu den geschäftlichen Gepflogenheiten der Schlesischen Bergwacht steht. In der Hauptfrage des Prozesses, ob die drei Angeklagten wissen, wer das Flugblatt, der „Offene Brief", gesetzt hat, bleiben die drei Angeklagten bei ihren ersten Ausführungen, die sie eidlich erhärtet haben, daß sie das nicht wissen. Wer den Offenen Brief umredigiert hat, wurde ebenfalls nicht aufgeklärt, da der Angeklagte Osterroth darüber die Aussage verweigerte, später aber auf Befragen erklärte, daß er an der Umredigierung beteiligt war. Die Angeklagten gaben in längeren Ausführungen die Erklärung ab, daß sie nicht wissen konnten bei den vielen Druckaufträgen während der Reichstagswahlzeit, wer an dem Manuskript gesetzt hat. Ebenso könnten sie nicht genau bestimmen, ob das Flugblatt in der Nacht gesetzt worden sei.

Bei den Zeugenvernehmungen wurde zunächst der Chefredakteur Lippold des konservativen Blattes aus Waldenburg vernommen, ob er damals an der Anzeige, die der frühere Expedient Köhler gemacht hat, beteiligt war und ob er dem Untersuchungsrichter aus eigenem Antriebe bei dem Ermittelungsverfahren behilflich war. **Die Verteidiger stellten unter Beweis, daß dieser konservative Redakteur selbst Vernehmungen mit Köhler angestellt hat und das Ergebnis dieser Vernehmungen der Staatsanwaltschaft anonym mitgeteilt hat. Zeuge Lippold gibt das zu. Er muß weiter zugeben, daß er dem Köhler die Anstellung in seiner Druckerei versprochen hat, wenn er sich zur Anzeige gegen Hoffmann, Osterroth und Weichelt verpflichtet.** Im weiteren Verlauf dieser Feststellungen erklärte der Staatsanwalt, daß er sich die Angaben des konservativen Redakteurs zu eigen gemacht habe. — Weiter wird der politische Redakteur der Schlesischen Bergwacht, Genosse Schiller, über die Art der Einteilung des technischen Betriebes in der Bergwacht ausgefragt.

Am zweiten Verhandlungstage stand die Vernehmung des Hauptbelastungszeugen Köhler im Mittelpunkt des Interesses. Er mußte ebenfalls nach einem längeren Kreuzverhör zwischen Verteidigung, Angeklagten und Gegenzeugen zugeben, daß er nach seiner Entlassung aus der Druckerei der sozialdemokratischen Bergwacht mit dem Chefredakteur Lippold vom freikonservativen Tageblatt in Verbindung getreten ist. Er gab weiter zu, daß Lippold seine (Köhlers) Aussagen zu Papier gebracht hat. Diese Aeußerungen bezogen sich auf Vorgänge im Betriebe der Bergwacht. Als später Köhler um Anstellung bei Lippold bat, habe dieser gesagt, daß davon nicht eher die Rede sein könne, bis er Anzeige gemacht habe. Das geschah, und nach einiger Zeit wurde Köhler im Tageblatt angestellt. Ueber die Vorgänge beim Setzen des Offenen Briefes erklärte Köhler aufs bestimmteste, daß er (Köhler), Hoffmann und Weichelt Manuskript in der Nacht gesetzt haben, dessen sich die Angeklagten Weichelt und Hoffmann bekanntlich nicht mehr erinnern können. Hierbei kam auch zur Sprache, daß Lippold sogar die Schwester des Köhler, die auch einmal vorübergehend im Bergwachtbetriebe beschäftigt war, ausgefragt und ihre Aussagen dem Staatsanwalt mitgeteilt hat. Weiter wurde durch die Aussagen dreier Zeugen eidlich festgestellt, daß Köhler in Wirtschaften wiederholt erklärt hat, er könne die ganze Bergwachtgesellschaft meineidig machen. Wenn er noch lange so leben müsse — Köhler war arbeitslos —, **so werde er sich rächen.** Es seien ihm übrigens schon **von der Keindorf-Partei 1500 Mark geboten** worden, wenn er die Bergwachtgeheimnisse ausplaudere. Köhler bestritt das und erklärte diese Aeußerungen viel harmloser. Die vorigen Zeugen blieben demgegenüber auf das bestimmteste bei ihren Aussagen. Im weiteren wurde durch andere Zeugenaussagen Köhlers Glaubwürdigkeit stark in Zweifel gestellt: er trinke, sei im Betriebe und außerhalb des Betriebes oft betrunken gewesen. Auch wurde dem Köhler durch die Zeugenaussagen nachgewiesen, daß er sich geschlechtlicher Verfehlungen gegenüber weiblichen Hilfspersonen hat zuschulden kommen lassen. Hierbei wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Die Glaubwürdigkeit Köhlers wurde dann noch wiederholt in das ungünstigste Licht gestellt. Demgegenüber legte Köhler gute Leumundszeugnisse vor; auch Lippold sprang ihm hilfreich bei und erklärte ihn für einen nüchternen, soliden Arbeiter. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde der Regierungsrat Keindorf, Generalbevollmächtigter der Fürst Pleßschen Hofverwaltung, darüber befragt, ob jemals dem Zeugen Köhler von dem Regierungsrat oder von den Wahlvereinen der gemäßigten Parteien, dessen Vorsitzender Keindorf ist, 1500 Mark angeboten worden seien. Keindorf verneinte das.

Während des dritten Verhandlungstages wurde die Zeit ausschließlich mit den Plädoyers des Staatsanwalts, der Verteidiger und der Angeklagten ausgefüllt. Der Staatsanwalt ließ den Kronzeugen Köhler fast gänzlich fallen. Die rachsüchtigen Motive des Denunzianten, die auch der Staatsanwalt nicht zu leugnen imstande war, kamen am dritten Verhandlungstage selbst einem Zeugen, dem leitenden Redakteur der Bergwacht, Genossen Schiller, gegenüber zum Ausdruck. Er versuchte Schiller wegen Zeugenbeeinflussung in die Affäre zu verwickeln. Er benutzte dazu einen völlig harmlosen Brief, den Schiller vor längerer Zeit einmal an einen ebenfalls geladenen Zeugen geschrieben hatte.

Abends nach 10 Uhr wurde der Spruch der Geschworenen verkündet. Er lautete auf schuldig des wissentlichen Meineides bei Hoffmann und Weichelt. Osterroth wurde freigesprochen. Die Nebenfragen nach Fahrlässigkeit wurden verneint. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hoffmann 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, gegen Weichelt 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, gegen Osterroth Freispruch. Das Urteil lautete für Hoffmann 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, für Weichelt 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. Osterroth wurde dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß freigesprochen. Der Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung der Angeklagten Weichelt und Hoffmann wurde abgelehnt.

Aus Westpreußen.

Vom Kinderelend auf dem Lande.

Die starke Ausnutzung der Kinder durch die Feld- und Gartenarbeit der Sommermonate macht dieses Thema leider wieder aktuell. In einer Lehrerzeitung, die in den östlichen Provinzen Preußens erscheint, läßt sich deshalb ein Lehrer über das Schülermaterial auf dem Lande ausführlich aus. Er schreibt, so oft er mit Kollegen über die Leistungen der Schüler gesprochen hätte, so oft sei ihm geklagt worden, daß es immer schlechter gehe. Die Kinder würden im allgemeinen schwerfälliger, denk- und arbeitsfauler. Die Arbeit des Lehrers sei eine schwierigere geworden und stehe in keinem Verhältnis zu dem Erfolg. Der Lehrer erzählt nun, daß er sich die Frage vorgelegt habe, woran der geringe Erfolg seiner Arbeit liege. Er hat dann schließlich mit seinen Schülern eine Untersuchung vorgenommen und ihnen folgende Fragen gestellt:

1. Wann stehst du auf?
2. Wann gehst du schlafen?
3. Was ißt du zum ersten Frühstück?
4. Wie oft ißt du zu Mittag Fleisch?
5. Was ißt du zum Abendbrot?
6. Schläft du allein oder mit Geschwistern zusammen?
7. Wer arbeitet noch vor der Schule?

Der Lehrer schreibt, die zahlenmäßigen Feststellungen würden trügen, weil manche Antworten aus Unwissenheit — besonders bei den Kleinen — oder aus Scham — wie bei manchen größeren Schülern — verschwiegen worden wären. Er teilt nun aus seinen Ermittlungen mit:

Die meisten Schüler stehen zwischen 6 und 7 Uhr auf und gehen schlafen zwischen 8 und 9 Uhr. Da doch meistens alles, was zur Familie gehört, in einem Zimmer schläft, wachen die meisten Schüler schon auf, wenn die Erwachsenen aufstehen, zwischen 4 und 5 Uhr. Einige Knaben standen schon um 4 Uhr auf, darunter auch ein neunjähriger, um ihren Vätern beim Füttern zu helfen. Allein schlafen die wenigsten; die Mehrzahl schläft mit Geschwistern zusammen. Zum ersten Frühstück wird überall Kaffee und Brot genossen, und zum Abendbrot genießen viele Brot und Kaffee. Nur drei Kinder meldeten sich, die zum Frühstück und Abendbrot Suppe hatten. Dieses waren — Besitzerkinder. Aus früheren Erfahrungen weiß ich, daß Kinder auch ganz nüchtern in die Schule kommen. Fleisch wird mehr gegessen als ich annahm, aber ich bin getäuscht worden, und das ist leicht möglich. Aus den Ergebnissen stelle ich zuerst fest: Der Schlaf bringt unseren Kindern nicht die Erholung, die sie nötig haben. Die Vorbedingung für einen guten, erquickenden Schlaf ist reine Luft. Die ist in den wenigsten Wohnungen zu finden. Ich denke besonders an die Arbeiterwohnungen. Und ist das ein Wunder? Ein Zimmer und meistens noch klein, und darin wohnen, schlafen, kochen, waschen. Und wie ungesund ist das Zusammenschlafen mehrerer Personen! So erklärt es sich, daß die Kinder beim Erwachen matt und müde sind.

Aus den Ergebnissen stelle ich weiter fest: Die Ernährung unserer Schulkinder ist keine gesunde; viele sind unterernährt. . . . Das liegt an den ganzen Verhältnissen. Oft ist es, wie zum Beispiel im Sommer, die wenige Zeit, die die Zubereitung eines ordentlichen Mahles hindert. Da kommt die Mutter abends aus der Arbeit; Kaffee ist noch da, Brot auch, und das Abendbrot ist fertig. Und welche Folgen haben diese ungesunden Verhältnisse für die Kinder? Sie sind fast durchweg blutarm und infolgedessen schläfrig, träge, gleichgültig. . . .

Was kann zur Beseitigung dieser Uebel getan werden? Es müßten vor allen Dingen gesunde Wohnungsverhältnisse geschaffen werden. Manche Arbeiterwohnungen sind kaum als solche zu benennen. Es müßte jede Familie mindestens zwei Stuben haben. Wohl gibt es schon viele Wohnungen, in denen neben der Stube wenigstens eine Kammer ist. Besser wäre es wohl, wenn die Küche von der Stube getrennt wäre. Darüber werden aber wohl noch viele Jahre vergehen, bis diese Aenderung durchgeführt sein wird. —

Es ist das Paradies der Junker, aus dem diese Schilderung entworfen ist. In agrarischen Blättern wird das platte Land als — Jungbrunnen der Bevölkerung gepriesen, wo eine Jugend heranwachse, die von Kraft und Gesundheit strotze. Die Darlegungen des Landlehrers, dem die Junkerblätter die Sachkenntnis unmöglich absprechen können, beweisen aber, unter welch traurigen Zuständen die Landarbeiterjugend aufwächst.

Die Presse, ein Machtmittel.

Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Wilhelm Liebknecht.

Danzig.

Von der Betriebs-Krankenkasse der Firma F. Schichau, Schiffswerft zu Danzig.

Krankenkassen sollen bekanntlich soziale Einrichtungen unter Selbstverwaltung der Versicherten sein. Der Gesetzgeber hat auch dadurch den Versicherten die Möglichkeit zum Ausbau der Krankenkassen gegeben. Den Verhältnissen sich anpassend, haben eine Reihe Betriebskrankenkassen die Familienversicherung geschaffen; eine Einrichtung, bei der die Familienangehörigen der Versicherten freie ärztliche Behandlung und Medikamente, teilweise sogar ein Sterbegeld beim Todesfalle in der Familie erhalten. Derartige Einrichtungen sind ein dringendes Bedürfnis, umsomehr in Betrieben wie bei Schichau, wo heute noch Arbeitseinstellungen mit 17 Mark pro Woche für Familienväter vollzogen werden. Dieser Betrag langt natürlich nicht hin und her. Jedes unvorhergesehene Ereignis in der Familie ist eine Erschütterung der Existenz des Arbeiters. Familienzuwachs, längere Krankheit der Kinder oder der Frau mit nachfolgendem Tode sind für den Arbeiter wirtschaftliche Katastrophen. Das Elend ist für ihn so groß, daß er häufig unter der Last zusammenbricht. Er wird gegen alles gleichgültig und abgestumpft, ja oft zum Verbrecher und dauernden Trinker. Dem einsichtigen Menschen ist das erklärlich. Er sucht durch bestimmte Maßregeln dem vorzubeugen. Dieses erfordert aber soziales Empfinden, welches nicht bei den Unternehmern zu finden ist, welche den Arbeiter lediglich als Ausbeutungsobjekt betrachten. Die Firma Schichau hat dieses Maß von Verständnis nicht. Sie sträubt sich mit Händen und Füßen gegen jeden Fortschritt, wenn er den Arbeitern zugute kommt. Bei diesen ist im Gegensatz zur Firma Schichau wohl soziales Verständnis vorhanden, indem sie danach streben, die Betriebskrankenkasse auszubauen und die freie ärztliche Hilfe bei den Familienangehörigen einzuführen. Schon vor Jahren hatte sich ein Vertreter der Krankenkassen-Generalversammlung erlaubt, einen dahingehenden Antrag zu stellen, mit dem Erfolge, daß er, der Antragsteller, für seine „Frechheit" kurzerhand wegen „Arbeitsmangel" entlassen wurde. In diesem Frühjahr wurde von einem Teil der Generalversammlungsvertreter der Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Krankenkasse gestellt. Der Vorsitzende, Herr Prokurist Seeger, konnte nicht umhin, eine solche in die Wege zu leiten. In dieser wurde ihm der fertige Antrag der Arbeiter, betreffend Einführung der freien ärztlichen Behandlung der Familienmitglieder, Lieferung der Medikamente usw., überreicht. Pflicht des Vorsitzenden wäre es nun gewesen, über den Antrag die Diskussion zu eröffnen und darüber abstimmen zu lassen. Das tat der Herr Prokurist jedoch nicht, sondern erklärte allen Ernstes, der Antrag verstoße gegen das Krankenkassenstatut und gegen das Gesetz. Unter keinen Umständen lasse er über den Antrag abstimmen. Trotz des Protestes der Generalversammlungsvertreter blieb es dabei, es wurde nicht abgestimmt.

Gewalt ging vor Recht. Was in der Versammlung erreicht wurde, war ein Beschluß, daß den Generalversammlungsvertretern und den Vorstandsmitgliedern eine Abschrift der Jahresabrechnung der Krankenkasse zugestellt würde. Man bedenke: so lange wie die Krankenkasse der Firma Schichau besteht, hat noch kein Generalversammlungs- oder Vorstandsmitglied etwas Schriftliches über die Jahresabrechnung der Kasse erhalten. Schon diese Nichtachtung der von der Arbeiterschaft gewählten Vertretung spricht Bände. Sehr leicht kann man sich vorstellen, wie unter diesen Umständen die Kassenrevisionen erfolgen mögen. Das nennt man im gewöhnlichen Sinne „Selbstverwaltung" der Krankenkasse. So wird die Gesetzgebung durch die Unternehmer verhöhnt.

Die Arbeiter ließen nicht locker, weil sie wußten, daß Recht und Gesetz auf ihrer Seite stände. Erneut wurde der Antrag an den **Vorstand** der Betriebskrankenkasse eingereicht und die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung beantragt. **Pflicht des Vorsitzenden Herrn Seeger** wäre es gewesen, diesen Antrag den Vorstandsmitgliedern vorzulegen, weil er an den Vorstand — nicht an den Vorsitzenden — gerichtet war. Nach Ansicht des Herrn Seeger ist dies eine Nebensächlichkeit. Ihm sind die gewählten Vorstandsmitglieder Luft, oder wie Herr Carlson selbst einmal sagte: „Grüne Jungens, die noch nicht trocken hinter den Ohren sind". Herr Seeger legte also den Antrag dem Vorstand nicht vor. Er berief eine Generalversammlung ein und nun wurde über den Antrag debattiert und abgestimmt. Seitens der Arbeiter wurde der Antrag **einstimmig angenommen.** Aus der Diskussion wollen wir noch bemerken, daß **Herr Seeger,** als ihm die Arbeiter über den eventuellen Kostenpunkt der Neuerungen an Hand der Jahresabrechnung der Kaiserlichen Werft nachwiesen, sagte: **„Das Papier ist geduldig".** Eine recht sinnige Bemerkung. Nachdem der Antrag nunmehr von der Generalversammlung angenommen war, war es Pflicht des Vorsitzenden, ihn im Einverständnis mit den übrigen Vorstandsmitgliedern der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Das ist bis auf den heutigen Tag nicht geschehen. Die Beschlüsse der Generalversammlungsvertreter der Betriebskrankenkasse sind ihrem Vorsitzenden gleichgültige Dinge. Was kümmern dem Herrn gesetzliche Bestimmungen. Denn Unkenntnis ist dem Herrn nicht zugute zu halten. Als langjähriger Vorsitzender der Krankenkasse muß er die gesetzlichen Bestimmungen kennen. Bemerkt sei noch, daß ein Vertreter, der in der Generalversammlung warm für den Antrag der Familienhilfe eintrat, bei der nächsten Lohnung auf Anordnung „von vorne" entlassen wurde. Als der Entlassene nach den Gründen seiner plötzlichen Entlassung fragte, wurde ihm die mehr als sonderbare Antwort zuteil: „Das darf ich ihnen nicht sagen". Die Arbeiter sind sich aber keineswegs im Zweifel, daß L. das Opfer seiner sozialen Ueberzeugung und entlassen wurde, weil er für einen Ausbau der Betriebskrankenkasse eintrat. Solche Mittel werden das Gegenteil von dem erreichen, was sie herbeiführen sollen.

Am 1. Januar 1914 treten die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung betreffend Krankenkassen in Kraft. Zu diesem Zweck müssen alle bisher bestehenden Satzungen der Krankenkassen geändert und den neuen gesetzlichen Bestimmungen angepaßt werden. Die Beratungen über die neuen Satzungen erfolgen in der Regel zuerst in kleineren Zirkeln — Vorstand — und wenn dann die einzelnen Paragraphen von dem Vorstand aufgebaut, geht die ganze Vorlage als Antrag des Vorstandes zur Beratung und Beschlußfassung an die Generalversammlung der Krankenkasse. Hat das neue Statut hier Zustimmung erhalten, so wandert es zur Genehmigung an die Aufsichtsbehörde, das Versicherungsamt. Das ist der allgemeine übliche Weg. Allem Anschein nach geht Herr Seeger einen anderen, der der größten Beachtung des Versicherungsamtes bedarf. Am 24. Juni lud der Vorsitzende der Betriebskrankenkasse neben drei Mitgliedern des Kassenvorstandes noch zirka acht Arbeiter der Werft zu einer Sitzung ein. Letztere sind weder Generalversammlungsvertreter, noch irgendwie zu einer Vertrauensstellung von den Kassenmitgliedern gewählt. In dieser Sitzung wurde nun das neue Krankenkassenstatut, welches zu Beginn des Jahres 1914 Geltung erlangen soll, verlesen. Die Verlesung dauerte zirka 1 Stunde. Eine Diskussion irgend welcher Art fand nicht statt. Nach der Verlesung wurden die Anwesenden aufgefordert, das Vorgelesene zu unterschreiben, was auch geschah. Wir stellen ausdrücklich fest, daß der **Vorstand** der Betriebskrankenkasse der Firma Schichau die neuen Statuten **nicht unterzeichnet hat.** Was bezweckt der Vorsitzende mit der Unterschrift? Sollen dem Versicherungsamt die neuen Satzungen zur Genehmigung unterbreitet werden, ohne daß der Gesamtvorstand oder die Generalversammlung ihnen zugestimmt haben?? So unglaublich es jedem Kenner erscheint, ist nach den bisherigen Erfahrungen die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen. Wenn das geschähe, würde eine Verletzung der Gesetze zu verzeichnen sein, wie sie wohl auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens in Deutschland einzig dastände.

Der Vorsitzende der Krankenkasse hat, nachdem er in der Sitzung am 24. 6. mitteilte, daß die Familienhilfe im neuen Statut nicht vorgesehen ist, auch alle Ursache, die Generalversammlung zu umgehen. Die Vertreter haben sie einstimmig beschlossen und werden auf die Ausführung ihres Beschlusses durch den Vorstand oder den Vorsitzenden dringen. Die erste, an sich recht dumme Ausrede, die Familienhilfe widerspreche dem Gesetz und den bestehenden Satzungen, zieht nicht mehr. Die Mehrzahl der in Danzig bestehenden Betriebskrankenkassen haben bereits diese segensreichen Einrichtungen oder sind dabei, sie in das neue Statut einzuführen. Selbst der Magistrat sieht die Familienhilfe in den Satzungen der am 1. Januar 1914 ins Leben tretenden allgemeinen Ortskrankenkasse vor. Er weiß sehr gut, daß dadurch die Armenlasten er-

mäßigt werden. Die Gesamtarbeiterschaft der Firma Schichau will den sozialen Ausbau der Betriebskrankenkasse in Form der Familienhilfe, sie erkennt die Notwendigkeit an, durch den Beschluß der Generalversammlung. Die Firma sträubt sich gegen den Beschluß und schlägt der Gerechtigkeit ins Gesicht. Wir richten daher die dringende Bitte an die Aufsichtsbehörde, den Vorsitzenden der Betriebskrankenkasse zu veranlassen, den Beschlüssen der Generalversammlung nachzukommen. Im andern Falle mag die Aufsichtsbehörde die Genehmigung der neuen Satzungen versagen, wenn sie keine Familienhilfe enthält.

Die Subventionierung des Stadttheaters

erfolgte in der letzten Stadtverordneten-Versammlung nicht so geräuschlos, als es im vorigen Jahre geschah. Als man im Rathause damals über diese Frage beschloß, bestand unter den Blockverschworenen in unmittelbarer Nähe der Stadtverordnetenwahlen ungetrübte antisozialdemokratische Brüderlichkeit. Damals regulierten sich die Blockführer Brunzen und Dr. Herrmann noch nicht mit „wissentlicher Unverschämtheit" und „wissentlicher Unwahrheit". Dann kam nach dem gemeinschaftlichen schönen „Siege" über die Sozialdemokratie der Stadtratskrieg, der den, jetzt auch als Parlamentarier verflossenen, gelben Protektor Karow aller Hoffnungen auf den Magistratssessel beraubte. Es folgte die Landtagswahl mit dem Sturz der Schwarzblauen und der schauderhaften Drehung des mildchristlichen Westpr. Volksblatts, daß mit den freisinnigen Blockbrüdern selbst jeder parlamentarische Verkehr unmöglich sei. So gibt es denn im Rathause auch wieder etwas stärkeren Oppositionskrakeel. Am 4. Juli wurden von den Stadtverordneten wieder die 10000 Mark Subvention für den Direktor gefordert. Dafür soll er, wie bisher, verpflichtet sein, das Orchester mit 43 Musikern zu besetzen und 6 Schüler- und 6 Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen zu gewähren. Zur Einleitung der Beratung hielt, der veränderten Blocksituation entsprechend, der große Sachverständige Schmidt wieder seine schon berühmt gewordene Theaterrede. Der edle Menschenfreund und unübertreffliche Kommunalpolitiker wollte nur dann bewilligen, wenn Direktor Grützner seine Bedürftigkeit und Würdigkeit, wie jeder andere, der von der Stadt unterstützt werde, nachweise. Er behauptete, daß G. jährlich 30000 Mark verdiene. Besonders schön machte es sich gerade von diesem Redner, als er die Würdigkeit des Direktors bestritt, weil dieser von einem Künstler mehrere Ohrfeigen erhalten hatte. Solche Vorkommnisse zeugen zwar nicht von besonderer Harmonie zwischen Direktor und Künstlern. Schmidt sollte bei dieser Kritik aber doch besonders vorsichtig sein, oder weiß er nichts mehr von dem Drama der Geschwister Tetzlaff, das unauslöschlich mit seinem Namen verbunden ist?!

Ein sehr großer Teil der Beschwerden, die in der Debatte über Grützner und seine Direktionsführung erhoben wurden, war voll berechtigt. Es dürfte so leicht kein Theater geben, das so unbefriedigt läßt, wie das hiesige. Es ist aber auch gar kein Stadttheater, wie seine Bezeichnung andeutet. Es gehört vielmehr dem König von Preußen und untersteht einer Kommission, in der hohe Regierungsleute nach eigenem Belieben bestimmen. Diesen wunderbaren Zustand und die ihm durchaus entsprechende bauliche Einrichtung des Hauses wird man bei der Beurteilung der Leistungen des Theaters nicht übersehen dürfen.

Wenn auch die Stadt in ihrer Beeinflussung der Theaterverhältnisse stark gebunden ist, so hat sie doch die Möglichkeit, ihren Einfluß durch die Subventionierung in gewissem Maße geltend zu machen. Soweit es sich dabei um den Schutz der Rechte der Künstler und Angestellten handelt, hat diese Stadtverordnetenversammlung durchaus versagt. Sie lehnte den entsprechenden sozialdemokratischen Antrag im Jahre 1908 glatt ab. Es war deshalb sehr billige Entrüstung, als auch jetzt wieder einige Bemerkungen über ungenügende Entschädigung der Schauspieler gemacht wurden.

Unsere prinzipielle Stellung zur Subventionierung des Theaters durch die Stadt haben wir wiederholt in zustimmendem Sinne dargelegt. Das ist uns besonders schwer gefallen bei der unsozialen Haltung des Magistrats. Es muß in weiten Arbeiterkreisen unangenehm empfunden werden, wenn den Armen über 60000 Mark von der kärglichen Unterstützung gekürzt werden und daneben das vorwiegend von Besitzenden besuchte Theater mit 10000 Mark subventioniert wird. Diese brutale kommunale Klassenpolitik macht uns die Zustimmung zur Subvention besonders schwer, kann uns zur Änderung unseres Standpunktes aber nicht veranlassen. Das Theater darf als Kunststätte auf die Dauer nicht vom Privatkapital als Verdienstobjekt ausgenutzt werden. Als eines der wichtigsten Instrumente der Bildung und Erziehung des Volkes muß es Eigentum der öffentlichen Körperschaften werden. Der Weg dazu führt vorläufig nur über die Subvention. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, das Theater zum Schutze öffentlicher und künstlerischer Interessen zu beeinflussen.

In der Stadtverordneten-Versammlung beklagte Kawalki auch, daß die Stadt noch kein eigenes Orchester habe. Der Oberbürgermeister lehnte diesen Wink mit dem Einwande ab, daß in Magdeburg dafür jährlich 100000 Mark Zuschuß gezahlt werden müsse. Kawalki meinte selbst, daß der Zuschuß zunächst 60 – 70000 Mark und später nur 20 – 30000 Mark betragen werde. Trotzdem forderte er durch eine Resolution vorbereitende Schritte zur Schaffung eines städtischen Orchesters. Da man in diesem Falle vollkommener Selbstlosigkeit niemals Klassenpolitik im Interesse der Besitzenden treibt, so wurde diese Resolution mit großer Mehrheit sogar angenommen. Vielleicht hat man die Armenunterstützungen nur deshalb so erheblich herabgesetzt, um diese neue Liebesgabe für das so billig kunstbegeisterte Bürgertum erbringen zu können.

Die Theatersubvention wurde schließlich auch mit 25 gegen 14 Stimmen in namentlicher Abstimmung bewilligt.

Eine teure Brücke.

Die alten Danziger haben der preußischen „Befreiung" mit allen Kräften Widerstand geleistet. Das scheint ihren Nachkommen noch immer nicht verziehen zu sein. Noch immer schnüren die vorderen Festungsteile die Stadt ein, obwohl ein sehr erheblicher Teil der Umwallung bereits wertlos schon gefallen ist. Auch der geschleifene Durchgang durch das von der Stadt geschaffene Zeughaus ist ein deutlicher Beweis der Rücksicht, welche die Militärgewaltigen der Stadt entgegenbringen. Auch sonst wird die Stadt von denen, denen ein hoher Magistrat in stets gern gewährender Unterthänigkeit erstirbt, in keiner Weise verwöhnt. Man darf nur an den Verkauf des Gartens der Kommandantur an einen Spekulanten statt an die Stadt erinnern. Auch ein anderer Fall ist hierfür ein sprechender Beweis. Die Niederlegung der Wälle hat jetzt auch an der Ostfront begonnen. Nur noch ein verhältnismäßig sehr kleiner Teil des früheren Wallgürtels ist noch vorhanden. Um so eher glaubte der Magistrat einen alten Wunsch der Einwohner der Niederstadt erfüllen zu können. Diese wünschten bei Bastion Aussprung einen Durchbruch des Festwalles und die Ueberbrückung des Stadtgrabens. Die Militärbehörde lehnte dieses Projekt aber auch jetzt zunächst rundweg ab. Schließlich gestattete sie aus „besonderem Entgegenkommen" die Anlegung nur einer Fußgängerbrücke, die über den Wall hinwegführen soll! Diese Gebirgskonstruktion stellt sich natürlich sehr teuer; sie soll nicht weniger als **24 475 Mark** kosten. Für eine Fußgängerbrücke! Selbst der Hirsch-Duncksche Stadtverordnete Glashagen war in der Sitzung der Stadtväter am 4. Juli wegen des Verhaltens der militärischen Behörden sehr ungehalten. Er erregte sich darüber, daß man der Stadt nicht einmal Gründe für die Ablehnung der Fahrbrücke angegeben hatte und sah darin Nichtachtung gegen die Einwohner. Der Stadtrat Görits sah dagegen in der Erlaubnis des Brückenuniums aber noch ein besonderes Entgegenkommen des Stadtkommandanten, dem man dafür noch dankbar sein müsse! Bei so viel Männerstolz vor Pickelhauben wird man die militaristische – Behandlung der Stadt und ihrer Bevölkerung wohl oder übel begreifen müssen. Der Oberbürgermeister tat auch noch ein übriges, um den bestehenden Zustand der Untertänigkeit der Stadt, aber nicht etwa bedauernd, festzustellen. Er widersprach einem Antrage, der den Brückenbau an eine Kommission verweisen wollte, um eventuell eine ordentliche Brücke an einer anderen Stelle zu erhalten, mit der Erklärung, daß man vom Militärfiskus nur den Fußweg oder aber gar nichts erhalten werde! Die 24 475 Mark wurden dann für die neueste und besonders wertvolle Sehenswürdigkeit in der Stadt des selbstbewußten freisinnigen Bürgerstolzes bewilligt.

Kinematograph und Polizei. Für die Lichtspielhäuser des Regierungsbezirks Danzig ist eine neue Polizeiverordnung erlassen. Sie bestimmt unter anderem:

Zur öffentlichen kinematographischen Vorführung dürfen **nur solche Bilder** gelangen, deren Darbietung von der **Ortspolizeibehörde genehmigt ist.** Mindestens drei Tage vor der Vorführung ist zu diesem Zwecke der Ortspolizeibehörde ein Verzeichnis vorzulegen, das die einzelnen Bilder, mit Angabe des Titels, unter dem sie in den Handel gebracht werden, der Firma, die sie hergestellt hat, der Fabriknummer und der Länge des Bildstreifens enthalten muß. Bilder ohne Titel sind von der Genehmigung ausgeschlossen.

Bei Bildern, die bereits von dem Polizeipräsidenten in Berlin zur öffentlichen Vorführung zugelassen sind, braucht das Verzeichnis, in das eine bezügliche Angabe aufzunehmen ist, erst 24 Stunden vor der Vorführung eingereicht zu werden, sofern sich der Unternehmer im Besitz eines Nachweises über diese Genehmigung (Zensurkarte) befindet.

Auf Verlangen ist jedes zur öffentlichen Vorführung bestimmte Bild vor der Genehmigung den mit der Zensur betrauten Beamten der Polizeibehörde in einem von dieser zu bestimmenden Raume vorzuführen. Die Unternehmer haben die Anwesenheit der etwa von der Polizeibehörde zur Beratung bei der Zensur zugezogenen Personen zu dulden.

Die Vorführungen in Lichtspielhäusern dürfen nur durch solche Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke (Plakate) an öffentlichen Orten angekündigt werden, die vor der Veröffentlichung von der Ortspolizeibehörde genehmigt worden sind.

Kinder unter sechs Jahren dürfen zu den öffentlichen Vorführungen in den Lichtspielhäusern **nicht zugelassen werden. Personen unter 16 Jahren** dürfen nur solche Vorstellungen besuchen, die von der Ortspolizeibehörde auf Grund des vorgelegten Spielplanes ausdrücklich als **Jugend- oder Kindervorstellung schriftlich genehmigt** und als solche außen an den Vorführungsräumen deutlich kenntlich gemacht sind. Diese Vorstellungen müssen um 8 Uhr abends beendet sein.

Der Buchbinderverband richtet an die organisierten Arbeiter die Mahnung, mehr als bisher ihre Schwestern, verwandten und bekannten Mädchen, die in Buchbindereibetrieben arbeiten, mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen. In Buchbindereien, Kartonnage- und Tütenfabriken arbeitet eine größere Anzahl erwerbstätiger Mädchen. Viele von ihnen haben Verwandte, die organisiert sind. Mögen diese den Mädchen die nötige Anregung geben, sich zu organisieren. Das ist nicht nur für sie von Vorteil, sondern für die gesamte Arbeiterbewegung. Zur Informierung seien einige Zahlen mitgeteilt. Rund 35000 Berufsangehörige haben sich im Buchbinderverbande zusammengeschlossen. Ende 1912 bestanden 130 Tarife mit 2169 Betrieben und 33108 Personen. Die Vorteile betrugen:

	an Verkürzung der Arbeitszeit		an Lohnerhöhung	
	für Personen	zul. Stunden pro Woche	für Personen	zul. Mark pro Woche
1910	4719	7943	7646	11438
1911	11292	9827	12860	19887
1912	5619	9583	5882	11132
1910/12	21630	27353	26388	42457

735000 Mark in einem Jahre wurden verausgabt für Unterstützung bei Streiks, Arbeitslosigkeit, Krankheit und sonstigen Notfällen. Alles bei sehr geringen Beiträgen. – Mehr als 16000 Mädchen sind organisiert; also ist es Zeit, daß auch die Danziger Buchbindereiarbeiterinnen aufwachen. Nähere Auskunft gibt B. Schmidt, Mattenbuden 35.

Die neue Allgemeine Ortskrankenkasse

hat in der Stadtverordneten-Versammlung am 4. Juli durch die Annahme des Statuts den letzten Segen erhalten. Von besonderer Gründlichkeit war in dieser Verhandlung keine Rede. Mehrere Änderungen, die noch in letzter Zeit, weil sie dazu keine frühere Gelegenheit erhalten hatten, von Arbeitervertretern gestellt waren, ließ man in der Hauptsache unberücksichtigt, und nur in zwei Fällen zeigte man etwas Entgegenkommen. So schreibt das Statut noch vor, daß Angehörige von Leuten, die sich schuldhaft bei Raufhändeln verletzten, durch Entziehung des Krankengeldes bestraft werden sollen. Die Leistungen der Familienversicherung sollen nur für acht Wochen gegeben werden. Das Gesetz schreibt vor, daß alle versicherungsfreien Familienangehörigen darauf Anspruch haben. Das Statut schränkt sie aber für Ehegatten und Kinder unter 15 Jahren ein. Stadtverordneter Borschke beantragte, daß die gesetzliche Vorschrift in das Statut aufgenommen werden solle. Dagegen wendete sich besonders der zentrümliche Sozialpolitiker und bekannte Scharfmacher Herzog als „Sachverständiger" und brachte den Antrag Borschke zu Fall. Die Stadtverordneten haben nur den Antrag des Gesellenausschusses der Handwerkskammer, gestellt vom Genossen Sellin, angenommen, nach dem das Krankengeld am Freitag gezahlt werden soll. Ferner wurde auf Vorschlag des gleichen Antragstellers beschlossen, daß der Kassenvorstand den Mitgliedern zur Wahl der Generalversammlungsvertreter eine Legitimationskarte ausstellen muß.

Wir behalten uns vor, auf den Inhalt des Statuts zurück zu kommen, wenn es im Zusammenhange vorliegt. So bezeichnend es jetzt in mancher Hinsicht für die soziale Rückständigkeit des städtischen Geldsackshauses ist, so will das doch nicht zu viel bedeuten. Der Ausschuß der Kasse, wie künftig die Generalversammlung heißt, hat es, mit einigen Einschränkungen, durchaus in der Hand, die Aenderungen des Statuts zu beschließen, die im Interesse der Arbeiter gefordert werden müssen. Es kommt um so mehr darauf an, daß die Versicherten solche Vertreter wählen, die mit der gebotenen Energie für sie eintreten. Die Wahl erfolgt jetzt ebenfalls nach dem Verhältnissystem. Daher empfiehlt es sich, daß die Arbeiterschaft schon jetzt ihre Aufmerksamkeit darauf lenkt, um vor unliebsamen Ueberraschungen bewahrt zu bleiben. Daß man nicht geneigt ist, die Ausübung des Wahlrechtes zweckmäßig zu erleichtern, hat sich schon jetzt gezeigt. Bei der Stadtverordnetenwahl stellt der Magistrat jedem Wähler eine Karte zu, die ihn auf die Wahl aufmerksam macht und zugleich legitimiert. Dieses Verfahren wurde von Arbeitervertretern auch für die Wahl zur Ortskrankenkasse in der Weise vorgeschlagen, daß die Karten durch die Unternehmer an die Mitglieder ausgegeben werden sollten. Selbst dieser Vorschlag ist abgelehnt worden! Aus praktischer Arbeiterfreundlichkeit natürlich.

Sparverein Arbeiter-Druckerei Westpreußen. Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die Generalversammlung des Sparvereins am Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, in der Maurer-Herberge stattfindet.

Versuchter Selbstmord. Am Sonntag abend stürzte sich von der Langen Brücke ein junges Mädchen in die Mottlau. Ein Herr sprang der Lebensmüden nach und rettete sie trotz des Widerstandes, den sie ihm entgegensetzte.

Der Gesangverein Sängergruß hält am morgigen Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Maurerherberge seine Generalversammlung ab. Dem Wunsch, auf sie hinzuweisen, kommen wir hiermit nach.

Bei einem Streit wurde der Arbeiter Plenikowski in seiner Wohnung durch zwei Messerstiche so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Elbing-Marienburg.

Die Kleinen gegen die Großen.

Es ist in Elbing stadtbekannt, mit welchem Eifer die Firma Schichau sich seit Jahren bemüht, ihre Fabrikanlagen, die aus drei räumlich getrennten Werken im Mittelpunkt, am Nord- und am Südende der Stadt bestehen, zu einem geschlossenen Komplex zu verschmelzen. Und nicht minder bekannt ist, daß viele der Nachbarn Schichaus mit Verzweiflung für ihre Existenz gekämpft haben, um schließlich doch der Umklammerung des Kapitalmagnaten zu erliegen. Der alte Schemionek hielt bis zu seinem Tode auf seinem Besitztum aus. Aber darum türmen sich heute dennoch Eisen- und Ziegelmassen auf der Stelle gen Himmel, wo einst das Idyll kleinbürgerlicher Behaglichkeit winkte. Und wie die Schichauwerke dies Fleckchen Erde in ihren Besitz brachten, so wird es auch den andern ergehen, die bisher dem Klange Ziesescheu Goldes trotzten. Was dieses nicht vermochte, soll nun der Druck wirtschaftlicher Uebermacht vollenden. Die Eisengießerei Tiessen zählt zu den Objekten, nach denen Schichau längst lüstern ist. Die Besitzer wollten von einem Verkauf bisher nichts wissen. Nun aber hat die Stadt den Aschhofgraben und das an ihm grenzende Land an Ziese verkauft, der durch diese Erwerbung auf dem besten Wege ist, die Gießerei mit der Fabrik am Markttor zu vereinigen. Die Firma Tiessen und mehrere andere Anlieger klagten, weil sie durch diesen Verkauf wirtschaftlich geschädigt würden, gegen den Magistrat von Elbing. Ein Termin war bereits von dem Bezirksausschuß vertagt worden, ein zweiter fand am Freitag nachmittag statt. Eine Klägerin, das als Original bekannte Fräulein Lemke aus der Fischerstraße, ist mittlerweile gestorben. Von den übrigen waren die Firmen Kummer Nachfl., Matthias, Jarchow, Meißner, Schankwirt Kahlweiß und Schuhmacher Voigt persönlich anwesend oder vertreten; außerdem nahm der Justizrat Bielewicz-Danzig ihre Interessen wahr. Der Magistrat von Elbing hatte den Stadtrat Jursch als Vertreter entsandt, die Firma Schichau ihren Direktor Lenz.

Die Verhandlung war sehr ausgedehnt und nahm mehrere Stunden in Anspruch. Stadtrat Jursch strich selbstverständlich die Firma Schichau nach Kräften heraus und machte im übrigen sehr feine Eigentumsunterschiede. Er erklärte nämlich, der Aschhofgraben befinde sich im Privatbesitz der Stadt und diese könne ihn daher anstandslos verkaufen. Wir wüßten nicht, was Rabulistik wäre, wenn nicht eine solche Definition. Die Stadt ist doch nichts weiter als die rechtliche Vertretung aller Gemeindeangehörigen. Das städtische Vermögen — bares Geld, Straßen, Kanäle, Wälder und dergleichen — ist das gemeinsame Eigentum der Gemeindeangehörigen. Und nun soll die juristische Person „Stadt" sich neben diesem Besitz noch ein „Privatvermögen" zulegen können? Der Kasus wird manchen lachen machen.

Justizrat Bielewicz bestritt die Ausführungen des Herrn Jursch betreffs des „notorischen Rechtes" der Stadt am Aschhofgraben mit aller Entschiedenheit. Nach mancherlei Hin- und Hergerede erklärte der Direktor Lenz, die Firma Schichau sei bereit, 10 000 Mark zur Entschädigung der Anlieger zur Verfügung zu stellen. Das Urteil des Bezirksausschusses lautete wie folgt: **Die Klage, deren Wertobjekt auf 40 000 Mark festgesetzt wird, ist abgewiesen.** Der Bezirksausschuß ist der Ansicht, daß das öffentliche Interesse für die Stadt und die Firma Schichau überwiegt; er verkennt allerdings nicht, daß gewisse Härten für die Anlieger entstehen, hofft aber, daß die angebotenen 10 000 Mark genügen werden, um die hauptsächlichsten Ansprüche der Geschädigten zu befriedigen. Vielleicht werde die Stadt ihrerseits noch weitere Mittel für diesen Zweck aufbringen. Jedenfalls behält sich der Bezirksausschuß vor, wenn die Stadt an ihn wegen Einziehung von öffentlichen Wegen herantritt, gegebenenfalls noch festzustellen, was weiter zur Entschädigung bestimmter Ersatzansprüche geschehen kann.

Also ist Schichau endgültig Sieger, die 10 000 Mark wird kein Mensch als vollwertige Entschädigung betrachten. Ueber kurz oder lang werden die Besitzer der entwerteten Grundstücke gezwungen sein, sie an Ziese zu verkaufen. So expropriiert das Großkapital den Kleinbesitz. Ob die Kinder und Enkel der Betroffenen groß klagen werden, wenn sie eines Tages vernehmen, daß Ziese durch die Sozialdemokratie expropriiert ist?

Die Elbinger Feuerwehr wurde durch einen größeren Brand nach dem Hause Kleiner Wunderberg 25 a gerufen. Es bedurfte mehrerer Stunden schwerer Arbeit, um die Flammen zu löschen. Der Dachstuhl und die Bodenräume sind völlig vernichtet, die unteren Etagen durch das Wasser ziemlich stark in Mitleidenschaft gezogen.

Eine technische Sehenswürdigkeit wird die Marienburger Niederung in den nächsten Wochen erhalten. Bei **Wernersdorf** muß die Überlandzentrale Westpreußen mit einer Starkstromleitung die Nogat kreuzen. An beiden Ufern des Flusses werden Eisentürme von 40 Meter Höhe erbaut und zwischen ihnen das Leitungsnetz freischwebend aufgehängt. Da die Entfernung zwischen beiden Ufern ungefähr 400 Meter beträgt, ist die Herstellung der Anlage keine ganz leichte Aufgabe. Von Wernersdorf geht die Leitung nach **Kl. Montau** und dort soll in gleicher Weise, nur unter Benutzung von vier Türmen, die Weichsel überquert werden. Wie es heißt, sollen einige Dörfer im Marienburger Kreise noch in diesem Jahre elektrische Kraft erhalten können.

Sandhof soll an die Marienburger Kanalisation angeschlossen werden.

Danzig-Land.

Zu dem Eisenbahnunglück in Ohra, über das wir am vorigen Dienstag berichteten, äußert sich ein Fachmann, anscheinend ein Eisenbahnbeamter, in den Elbinger Neuesten Nachrichten wie folgt:

„Wenn man zwei Stunden später die Leute in Ohra so über das Vorkommnis sprechen hörte, da konnte man natürlich die bittersten Anklagen gegen den Wärter hören. Aber man mußte zu einer andern Ansicht gelangen, besah man sich mit den Augen eines Fachmannes die Lage der Unfallstelle. Der Uebergang mag, da er die Hauptstraße Ohra—Danzig, auf der die Elektrische hinführt, mit einem wesentlichen Teil des Vorortes verbindet, wichtig und unentbehrlich sein. **Er liegt aber schon in der Rangieranlage,** und damit erhöht sich die Gefahr, die solche Uebergänge in Schienenhöhe schon an sich haben. Wo fünf Gleise über eine Straße führen, wo die Verschubgleise eines großen Güterbahnhofes von den Hauptgleisen einer äußerst belebten Bahnlinie abzweigen, **da gehört kein Uebergang hin.** Es wäre wohl längst die Pflicht der Eisenbahn gewesen, diese Riesenverantwortung von den Schultern eines einzigen Mannes zu nehmen, den man **zwölf Stunden lang mit einstündiger Mittagspause auf solchem Posten beläßt.**

Der Wärter wird nun zur Verantwortung gezogen werden. Vielleicht glaubt man ihm, daß er dem Verunglückten ein Halte-zeichen mit der Hand gab, vielleicht kommt aber der Sachverständige aus der Direktion vom grünen Tisch und sagt dem Manne: „Ja, Sie hätten aber doch die Schranke viel früher schließen müssen, Sie mußten schon das erste Fuhrwerk nicht mehr durchlassen, für das sie nun die Schranke offen lassen mußten, bis es die andere Seite erreichte." Dann wird man den Mann verurteilen, und wenn er seine Strafe abgesessen hat, dann ist der Gerechtigkeit Genüge getan.

Hier ist wieder einmal ein Fall, wo man sagt, ein solcher Mann darf nicht für eine Sache verantwortlich gemacht werden, für die **die Verantwortung ihn nicht allein trifft.** Man stelle sich vor: Fünf Gleise kreuzen den Weg, bald kommt von dort ein Rangierzug heran, dann pustet ein Güterzug herbei, eine Maschine will herüber, im selben Moment pfeift der D-Zug und braust krachend und donnernd vorüber, und gleich darauf ist auch schon aus entgegengesetzter Richtung ein Personenzug da. Dabei warten Fuhrwerke und Passanten, leichtfertig herumkletternde Schulkinder und schimpfende Knechte auf das Hochgehen der Schranken. Der Wärter möchte nicht zwei, sondern zehn Augen im Kopfe haben, und trotz aller Vorsicht kann es ihm nach jahrelanger, gewissenhafter Diensterfüllung doch zustoßen, daß er die Schranke wenige Augenblicke zu spät herunterbringt — sie ist ja auch ziemlich schwer zu handhaben — und das Unglück ist da, ein schnellfahrendes Fuhrwerk rasselt noch daher, und schon ist es unter den Rädern des unaufhaltsamen Zuges.

Die Ohraer Stelle ist nicht die einzige ihrer Art, man hat sie noch zu Hunderten im preußischen Lande. Aber man kann Leuten, die zu den unteren Kategorien der Eisenbahnangestellten gehören, solche Verantwortung nicht mehr zuwälzen. Die Verantwortung kann ein Mensch überhaupt nicht übernehmen, weil jeder irrt und fehlt, und der sächsische Abgeordnete hatte recht, der auf die Erklärung vom Regierungstisch: „Wir können doch nicht an jede Weiche einen Geheimrat stellen!" prompt antwortete: „Na, dann möchte ich auch nicht mit der Eisenbahn fahren!" Die Technik muß endlich dem Menschen solche Last abnehmen, sie kann es leicht."

In Preußen hat man für die Technik nur leider in seltenen Fällen etwas übrig, wenn sie die Sicherheit und das Wohl des Menschen fördern soll. Das Geld hierfür kann ja für Mordmaschinen weit besser angewendet werden. Und die bürgerliche Presse findet es für selbstverständlich, daß die Kultur hinter dem Moloch Militarismus zurückstehen muß.

Schule und Politik. Aus **Bürgerwiesen** schreibt man uns über die dortigen Schulverhältnisse:

Ein eigenartiger Pädagoge scheint der hiesige Volksschullehrer Lesch zu sein. Wenn wir unsere Kinder zur Schule schicken, so erwarten wir natürlich von den Lehrern, daß diese den Kindern Kenntnisse beibringen, die für das spätere Leben notwendig sind. Wenn ein Lehrer aber einen Teil der Schulstunden benutzt, um den politischen Charakter der Eltern zu erforschen, so ist das ein Treiben, das nicht zu billigen ist und scharf verurteilt werden muß. Was bezweckt Herr L., wenn er an die Kinder das Ersuchen stellt, ihm das Westpreußische Volksblatt mitzubringen? Schon zur Reichstagswahl im vorigen Jahre erlaubte sich der Herr während des Unterrichts Redensarten über die Väter von Schulkindern, die durchaus ungehörig waren. Eine Einwohnerschaft, die zu 85 Prozent sozialdemokratisch wählt, wird auch die Zeitung, die sie liest nach ihrem Wunsch wählen. Für die Zentrumspartei und ihr schwarzes Organ ist in Bürgerwiesen kein Platz, das sollte auch Herr Lehrer L. einsehen.

Sehr bedenklich ist auch folgender Umstand. Dicht an dem Spielplatz der Schule hat der Herr Rektor eine Anzahl Bienenkörbe aufgestellt. So kommt es öfters vor, daß unsere Kinder mit diesen Tierchen recht unliebsame Bekanntschaft machen müssen. Der Knabe des Genossen G. wurde beim Spielen von einer Biene an der Augenwimper gestochen, auch die Kinder des Genossen W. kamen mit angeschwollenen Gliedern nach Hause. Einmal mußte sogar die Turnstunde ausfallen, weil ein Schwarm Bienen den Platz unsicher machte. Im berechtigten Interesse fordern wir, daß solche Zustände beseitigt werden.

Dem Frommen gibt's der Herr im Traum. Die Pfarrstelle in **Wotzlaff** ist vom 1. Oktober dieses Jahres zu besetzen. Außer freier Wohnung bringt die Pfründe **7408,20 Mark** jährlich. Nun sage noch einer, daß Gottes Wort nicht seinen Mann nähre. Zwanzig Jahre in Wotzlaff und der Rentier ist fertig. Soweit hat es Christus nicht gebracht.

Feuer. In Hölle bei Schidlitz brannten in der Nacht vom 6. zum 7. Juli gegen 1 Uhr Wohnhaus und Stall des Eigentümers Puttkamer bis an die Umfassungswände nieder. Ein des Weges kommender Marineunteroffizier entdeckte zuerst die aus beiden Gebäuden aufsteigenden Flammen und rettete durch seine Entschlossenheit den auf dem Boden schlafenden Fleischerlehrling vor dem sicheren Flammentode. Anscheinend liegt Brandstiftung vor. Die Gebäude sind erst vor etwa 2½ Jahren neu erbaut. Die alten Gebäude sind auch auf nicht aufgeklärte Weise den Flammen zum Opfer gefallen.

Von der Heubuder Arbeiterbewegung. In einer gutbesuchten Volksversammlung sprach Genosse Broßwitz über Heeresvorlage und Volksinteressen. Der Redner geißelte den Rüstungswahnsinn der herrschenden Klassen, ging auf das Treiben der gewerbsmäßigen Kriegshetzer und Prozentpatrioten in ausführlicher Weise ein, um zum Schluß die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Militarismus den Anwesenden vor Augen zu führen. Mit einem feurigen Appell, unermüdlich für die Ziele der Sozialdemokratie zu arbeiten, schloß er seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion ergänzte Genosse Cornelsen die Ausführungen des Referenten in wirksamer Weise. Der Vorsitzende wies noch auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation hin und forderte zum Abonnement auf die Volkswacht auf.

Stuhm-Marienwerder.

Die Kreise Stuhm und Marienburg wollen einen Gebietsaustausch vornehmen. Liebental, Lindenwald und Rothof sollen an Stuhm fallen, und dieses dafür Willenberg, das bekanntlich der Stadt Marienburg angegliedert werden soll, abgeben. Auf die Reichstagswahl hatte die Neuregelung natürlich keinen Einfluß. Da es indes absurd ist, daß ein Teil einer Stadt in einem Nachbarkreis wählt, wäre zu wünschen, daß auch hier eine gesetzliche Berichtigung der Grenze erfolgte.

Ein Feuer vernichtete das Wohnhaus des Besitzers Pietschker in **Treugenhöhl.**

Rosenberg-Löbau.

Auf unheimliche Art aus dem Leben geschieden ist der Kriegsgerichtsrat Putzberg in **Dt.-Eylau.** Er hatte einen Urlaub angetreten, kehrte aber ganz plötzlich nach Hause zurück und schloß sich in seiner Wohnung ein. Nach einigen Stunden ließ der Hauswirt die Tür gewaltsam öffnen. Alle Räume waren mit Blut besudelt, im Badezimmer war die Wanne mit blutigem Wasser gefüllt. Putzberg lag im Arbeitszimmer mit durchschnittenem Halse. Um ganz sicher zu sterben, hatte er vor dem Selbstmord noch die Gaskräne geöffnet. Das Motiv der Tat ist bisher in Dunkel gehüllt.

Thorn-Kulm-Briesen.

Die Thorner Honigkuchenfabrikanten lenken ein! In Thorn, der Stadt der süßen Produkte, taten die Unternehmer zuerst gar trutzig, als die Arbeiterschaft versuchte, dem Organisationsgedanken unter den Arbeitsbienen der Pfefferkuchenindustrie Eingang zu verschaffen. Da die hier Beschäftigten anfänglich auch ängstlich waren, bedurfte es der Mithilfe der Arbeiterzeitungen, um ihnen das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu sichern. Nachdem die Arbeiterschaft der vorgeschritteneren Großstädte durch Artikel über die Bedingungen, unter denen die Thorner Honigkuchen hergestellt werden, informiert wurde, sind vorläufig in Thorn die Hindernisse beseitigt, die der Organisation entgegenstanden. Die Honigkuchenfabrikanten sahen ein, daß es besser ist, mit der Entwickelung als gegen sie zu gehen. Geschäftliche Rücksichten — konsumiert doch die Arbeiterschaft den weitaus größten Teil der Pfefferkuchen — bewogen die Unternehmer, auf den Kampf gegen die Arbeiterorganisation zu verzichten und den Honigkuchenbäckern den Weg in die Gewerkschaft freizugeben. Auf die Veröffentlichungen unserer Danziger Volkswacht und der der Königsberger Volkszeitung antwortete die Firma Thomas mit folgender Erklärung:

Zur Kenntnisnahme für meine Angestellten!

Ich erfahre soeben, daß am Sonnabend, den 21. Juni 1913, abends 5½ Uhr, im Restaurant „Zum goldenen Stern", Seglerstraße, eine Versammlung stattfindet, in der vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren gegen mein Unternehmen und gegen meine Person Stellung genommen werden soll. Da ich nicht gewohnt bin, die freie Entschließung meiner Arbeitnehmer zu beeinträchtigen, so erkläre ich hiermit, daß jeder meiner Arbeitnehmer die Versammlung besuchen kann, ohne irgend einen Nachteil von meiner Seite zu befürchten. Es bleibt auch jedem meiner Arbeitnehmer unbenommen, in jeder Versammlung seine Meinung zu äußern.

Diejenigen, welche diese Versammlung besuchen wollen, können bereits um 4 Uhr nachmittags mit der Arbeit aufhören, ohne daß eine Kürzung des Lohnes eintritt.

Gegen das Koalitionsrecht habe ich nichts einzuwenden.

Thorn, den 19. Juni 1913.

Oskar Thomas.
i. Fa.: Hermann Thomas.

Vorstehende Verfügung wurde auch dem Verbandsvertreter abgegeben. In einer mündlichen Unterredung erklärte auch Herr Thomas, daß er die scharfen Ausdrücke gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von uns kritisiert worden sind, nicht in böswilliger Absicht gemacht habe. Seine impulsive Natur und öfters auch die Aufregung bewirken solche Situationen, die er lieber selbst vermieden wissen möchte. Er wünsche keine gegenseitige Feindschaft. Bei Neueinstellungen wolle er ebenso die Organisierten berücksichtigen.

Die Firma G. Weese gab dem Zentralverband nachstehende Erklärung ab:

Thorn, den 17. Juni 1913.

Herrn Verbandssekretär A. Grygo.

Auf Ihre Zeilen vom 11. Juni 1913 hin, kann ich nur das Gesagte wiederholen, nämlich, daß ich es zwar, wie bisher, keinem Angestellten verwehre, Mitglied einer Organisation zu sein, daß ich aber auch nach wie vor mir von keiner Organisation in die Betriebsleitung dreinreden lasse und nur allein den in meinem Betriebe bestehenden Arbeiterausschuß als zuständigen Vermittler zwischen meinem Betriebspersonal und mir betrachte, den ich auch nach den bisherigen Erfahrungen für voll und ganz geeignet halten darf, das bisherige gute Einvernehmen zwischen meinen Arbeitern und mir auch weiterhin aufrecht zu erhalten.

Zu weiteren Erklärungen liegt für mich kein Anlaß vor.

Hochachtungsvoll

Gustav Weese.

Herr Weese wollte in einer Unterredung am 23. Juni 1913 nachweisen, daß die Volkswacht, die Königsberger Volkszeitung, sowie die Bäckerzeitung über die Löhne unwahre Berichte gebracht haben. Er wollte bestreiten, daß in seinem Betriebe für verheiratete Arbeiter 29—30 Pfennige pro Stunde gezahlt würden.

In der Unterredung wurde aber vom Verbandsvertreter festgestellt, daß der Einstellungslohn 25 Pfennige pro Stunde mit 3 Pfennigen Zuschlag, die auf Prämien und andere Einrichtungen verrechnet werden, beträgt. Auch wurde festgestellt, daß zwei Packer mit 29½ Pfennigen Stundenlohn beschäftigt werden. Daß neben diesen niedrigen Löhnen für langbeschäftigte Arbeiter auch höhere Löhne bestehen, ist zuzugeben, doch sind die Löhne von 32 Pfennigen immerhin noch keine Bezahlung, die bei diesen teuren Zeiten ausreichend ist. Der Stadtrat, Herr Weese, wird sich hoffentlich davon überzeugen, daß eine Entlohnung von der genannten Höhe keine zeitgemäße Bezahlung der Arbeitskraft darstellt und wird dann hoffentlich auch nicht zögern, in seinem Betriebe die notwendigen Reformen vorzunehmen. Will er das ohne die Hilfe des Zentralverbandes tun, so soll es diesem lieb sein. Im andern Falle aber würde die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse hinter den Thorner Kollegen stehen. Der Verband wünscht keinen Krieg. Aber er ist zur Vertretung seiner Mitglieder geschaffen. Und da der Organisationsgedanke bis in die muffigsten Winkel hineindringt, sollte man in der drittgrößten Stadt der Provinz nicht darüber streiten, ob man die Gewerkschaft anerkennen oder den „Herrn im Hause" spielen soll.

Organisationserfolg. In Briesen traten die Unternehmer aus dem Arbeitgeberbund aus, um nur nicht zu den Vertragsverhandlungen gezwungen zu sein. Nachdem aber nun unsere Kollegen die Arbeit niederlegen wollten, fanden auch sofort Verhandlungen statt. Erreicht wurde dabei eine Lohnerhöhung von 5 Pfennigen pro Stunde in drei Vertragsjahren. Nur durch die Einigkeit und Geschlossenheit unserer dortigen Verbandsmitglieder ist wieder ein befriedigender Erfolg zu verzeichnen. Die Aufgabe unserer Kollegen muß es nun sein, auch ferner die Organisation weiter auszubauen.

Gewerkschaftsbewegung.

Das ostpreußische Städtchen Ragnit ist unter der Arbeiterschaft Deutschlands dadurch bekannt geworden, daß im vergangenen Jahre, anläßlich eines Streiks, der seinen Grund in der ablehnenden Haltung eines Fabrikdirektors hatte, ein Arbeiter von einem Gendarmen erschossen wurde. Seit Jahresfrist ist in Ragnit ein neues Unternehmen, eine Zellstoffabrik nebst Papierfabrik in Betrieb genommen. Dort werden zirka 300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Vorweg sei bemerkt, daß es sich um ein Werk handelt, das modern und mit den besten Einrichtungen versehen ist. Alle Vorbedingungen sind gegeben, daß es sich zu einem der bedeutendsten Werke dieser Art entwickeln dürfte. Die Arbeiterschaft ist zu 95 Prozent organisiert. Wie alle vorwärts strebenden Proletarier drängten auch diese Arbeiter zum Abschluß eines Tarifvertrages mit entsprechender Lohnregulierung. Vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands wurden die erforderlichen Schritte unternommen; ein Tarifentwurf ausgearbeitet und der Firma übermittelt. Dem Geist der Zeit Rechnung tragend, stellte sich die Direktion auf den Standpunkt, daß auch die Arbeiter bei Festsetzung der Löhne für ihre Arbeitskraft Anrecht haben, gehört zu werden. Ausgehend von dem Standpunkt, eine Grundlage für die Löhne zu schaffen, waren die Funktionäre des Verbandes der Fabrikarbeiter als Vertreter der Arbeiter bemüht, einen Lohntarif zustande zu bringen, wie er nach Lage der Verhältnisse zu schaffen möglich war. Soweit es sich um Schichtlöhne handelt, sind dieselben festgesetzt von 4 Mark bis 4,50 Mark, einzelne Stellen bis 5,50 Mark. Für Arbeiter unter 18 Jahren 3,85 Mark. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß bei Akkordentlohnung die Prämienzahlung, welche als frühzeitiger Ruin der gesündesten Arbeiter betrachtet werden muß, ausgeschaltet wurde. Das trifft besonders zu für Arbeiter in der Kocherei usw. In den Abteilungen mit Akkordentlohnung sind garantierte Mindestverdienste von täglich 4 Mark bis 4,50 Mark gesichert. Bei Arbeiten in Stundenlohn sind Erhöhungen von 2 und 3 Pfennigen eingetreten. Arbeiterinnen erhalten bei Arbeiten in Stundenlohn 23 Pfennige. Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie für Arbeiten an Feiertagen von 25, 50 und 100 Prozent. Der Tarif wurde auf ein Jahr vereinbart. Wenn durch dieser einmütig begonnenen und beendeten Bewegung auch nicht alle Härten im Arbeitsverhältnis zu beseitigen waren, so steht doch unantastbar fest, daß eine in der Organisation zusammengeschmiedete Arbeiterschaft sehr wohl in der Lage ist, zum Segen der Arbeiter und ihrer Familien zu wirken. Vergleichen wir die tariflich geregelten Löhne mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Werke, wo die Arbeiterschaft den Weg zur Organisation noch nicht gefunden und auch die Unternehmer wegen Vorhandensein einer rückständigen Arbeiterschaft die Organisation der Arbeiter nicht fürchten brauchen, so werden wir im Osten noch manchen Betrieb finden, wo die Ausnützung der Arbeitskraft ein direktes Verbrechen gegen die Volksgesundheit darstellt. Der Ragniter Arbeiterschaft gebührt das Verdienst, daß sie bahnbrechend gewirkt hat, um die Kollegen der Papier- und Zellstoffindustrie auf einen Weg zu bringen, der es ermöglicht, auch in dieser Branche menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Soziales.

Blüten katholischer „Sittlichkeit".

Die Westfälische Rundschau, ein katholisches Blatt, bringt in ihrer Nummer 148 einen Artikel: **Sturmfreie Buden und Boudoirs in Münster.** Der Artikel bespricht einen Aufruf, den ein Komitee in den Münsterischen Zeitungen erläßt, um zu einer Sanierung (!) der Studentenwohnungen zu kommen, die bereits vor Jahresfrist von einem dortigen bürgerlichen Verein in Angriff genommen worden war. Die Westfälische Rundschau schreibt nun im Anschluß an diesen Aufruf u. a. das Folgende:

„Den mutigen Vorkämpfern wird jeder aufrichtig Dank zollen. Allerdings in einem Punkte sind sie viel zu optimistisch. Wenn nämlich am Schluß des Aufrufs der Mahnung Ausdruck gegeben wird, beizeiten vorzubeugen, damit nicht, „wie in anderen Städten, **sittliche Mißstände** tiefere Wurzeln schlagen," so muß demgegenüber festgestellt werden, daß **gerade in Münster das Uebel längst riesengroß ist.** Darüber darf man sich nicht täuschen. Nur keine Vogel-Strauß-Taktik in dieser ernsten Sache. **Münster ist in sittlicher Hinsicht sehr, sehr tief gesunken.** Wer kennt nicht den viel zitierten Ausspruch eines verstorbenen hochgestellten Geistlichen: „Zieht um Münster eine Mauer, macht ein Dach darüber, und ihr habt das, was ihr sucht — **ein einziges großes Haus der Unzucht". Das Laster hat sich eingenistet in allen Schichten der Bevölkerung,** und zwar — darin steht Münster einzig da — nicht etwa, wie dies in anderen Großstädten der Fall zu sein pflegt, zumeist bei den Mädchen aus der Arbeiterklasse, sondern im Gegenteil hier **in Münster ganz überwiegend in den sogenannten „besseren" Ständen. Je höher hinauf, desto schlimmer.** Die Tochter aus angesehener Bürger- und Patrizierfamilie, wie aus den Kreisen des mittleren und höheren Beamtentums **geht ganz gern mit den Studenten auf die Bude;** noch ungenierter begleitet der Student sein „süßes Mädel" (so sagt man ja wohl heutigen Tages) **in deren elterliche Wohnung.** Infolge dieses Systems gibt es in Münster nicht nur sturmfreie Buden, sondern **noch viel mehr sturmfreie Boudoirs, „beste Zimmer" und Salons.** Es soll keine Seltenheit sein, daß Studenten während eines vier- bis fünfsemestrigen Studiums (meistens wäre der Ausdruck „Nichtstudium" wohl zutreffender) **in Münster ungefähr mit 100 oder sogar 200 und mehr Mädchen, durchaus aus guten Familien, eine „Liebschaft" gehabt haben.** In einigen Fällen konnte ich die Richtigkeit dieser Angaben annähernd nachprüfen und feststellen. Obendrein ist eine geradezu **schauderhafte prohibitorische Methode in allgemeiner Uebung.** Bei der letzten Volksmission, die hier abgehalten wurde, haben die **Patres in öffentlicher Predigt** darauf hingewiesen, daß nur deshalb Münster in so kurzer Zeit den enormen Studentenzuwachs erhalten habe, **weil sie hier das umsonst hätten, was sie anderswo bezahlen müßten.** Um die Musensöhne nach Münster zu bekommen, wurden ihnen eben alle erdenklichen Freiheiten und Vergünstigungen gewährt, wurde ihnen der Aufenthalt möglichst angenehm gemacht, **namentlich auch von seiten der holden Weiblichkeit.** Das sind **Zustände, die zum Himmel schreien.** Dadurch, daß die Münsterer Zeitungen diese Dinge totschweigen, ist die Sache nicht besser geworden, sondern nur noch schlimmer. Die Aerzte müssen berufliche Diskretion üben; sonst könnten sie erschreckende Mitteilungen machen über **die hohe Zahl der mit häßlichen Krankheiten Behafteten** unter

der „goldenen Jugend“ und der Studentenschaft. In der Altersstufe von 20 bis 30 Jahren sollen es 80 bis 90 Prozent sein. Vor dem Ausbau der Universität war kein Spezialarzt für solche Krankheiten in Münster ansässig, jetzt sind deren schon drei vorhanden. Daneben beschäftigten sich eine ganze Anzahl anderer Aerzte in hervorragendem Maße mit der Behandlung von derartigen Kranken, und sie haben alle vollauf zu tun. Ja, es ist eine traurige Tatsache, derjenige, der nicht schon auf irgendeine Art in dieser Hinsicht krank war, wird nicht für voll angesehen. In den Kreisen der Münsterer goldenen Jugend ist das erotische Thema das einzig mögliche, fesselnde; dabei ist der Moltketon der herrschende. Der Fremde, soweit er noch etwas sittlichen Charakter hat, fühlt sich angeekelt, wenn er zum erstenmal in diese Kreise tritt. Das alles ist seit Jahren öffentliches Geheimnis.“

Das Blatt erinnert daran, daß die hier gekennzeichneten Zustände schon vor mehreren Jahren in einem Prozeß — ein Student, Pagenstedt hatte die Tochter eines ehrsamen Münsterischen Bäckermeisters, nachdem sie Mutter wurde, meuchlings im Walde erschossen — von Gerichts wegen gebrandmarkt wurden. Der Staatsanwalt sagte in diesem Prozeß:

„Wenn die sittlichen Zustände, wie sie aus den Verhandlungen heraus für die Münsterische Studentenschaft als erwiesen anzusehen sind, in diesem Maße auch an anderen Universitäten herrschten, dann könnte ich nur sagen: Ade, du alte Burschenherrlichkeit!“

Der Artikel schließt:

„Nur eins wolle man dabei nicht unbeachtet lassen, der Kampf darf sich nicht beschränken auf die Buden allein, er muß vielmehr mit nicht minderem Ernst gerichtet werden auch gegen die sturmfreien Boudoirs, denn beide sind gleichermaßen Quellen der Sittenverderbnis, die letzteren sogar unbedingt die gefährlicheren.“

Daß in diesem Sodom die Sozialdemokratie „keinen Boden findet“, kann unsere Partei nur ehren. Im übrigen zeigen die Enthüllungen des katholischen Blattes wieder einmal, wie wenig die Klerikalen Anlaß haben, mit Pharisäerfingern auf andere zu zeigen. Diese scheußlichen Zustände konnten sich nur in der klerikalsten Stadt Deutschlands zu einem solchen Umfange auswachsen.

Aus der Partei.

Personalien. Aus der Redaktion der Altenburger Volkszeitung schied Genosse Difreiter aus. An seine Stelle trat Genosse Hermann Müller, langjähriger Redakteur an der Chemnitzer Volksstimme. Genosse Wittrisch von der Frankfurter Volksstimme trat die viermonatige Gefängnisstrafe an, die ihm auferlegt ist, weil die Volksstimme zur Rede Wilhelms des Zweiten im Landwirtschaftsrat, in der er seine Erfolge als Landwirt rühmte und von dem hinausgeschmissenen Pächter von Cadinen sprach, ein paar Bemerkungen gemacht hatte, in welchen das Gericht eine Majestätsbeleidigung fand.

Industrie und Technik.

Immer kühnere, immer furchtbarere Mordwerkzeuge erfindet die Technik. Wieder weiß die Umschau von einem solchen Fortschritt in der Konstruktion von Kriegsmaschinen zu berichten. Die russische Admiralität hat den Bau eines Unterseebootes von riesigen Ausdehnungen in Auftrag gegeben, das mit seiner Armierung eine Art Dreadnought für den Unterseekampf darstellt. Die bisher im Bau befindlichen Unterseeboote haben in untergetauchtem Zustande eine Wasserverdrängung von 800 bis 1000 Tonnen, das in Auftrag gegebene russische Boot weist deren 5400 Tonnen auf. Die Ausrüstung des Bootes, dessen Konstrukteur der Ingenieur Schuravieff ist, besteht aus 36 Torpedo-Lanzierrohren und 60 Whitehead-Torpedos von 45,75 Zentimeter äußerstem Durchmesser, und zwar die Lanzierrohre in der Weise verteilt, daß von beiden Breitseiten 16 Torpedos abgefeuert werden können, die übrigen vier verteilen sich auf Bug und Heck. Eine Besonderheit, die das Boot zu einer äußerst gefährlichen Waffe macht, ist die Vorrichtung, Kontaktminen unter der Wasseroberfläche auszulegen. Es besteht die Möglichkeit, bis 120 solcher Minen auf einer Fahrt ohne Erneuerung des dazu benötigten Ausrüstungsmaterials zu legen. Einen großen Vorteil hat das neue russische Boot aber gegenüber den bisherigen Konstruktionen voraus: es ist mit einer Batterie von fünf 11,9 Zentimeter-Schnellfeuerkanonen ausgerüstet, die es ihm also nicht nur ermöglichen, etwaigen Oberwasserangriffen zu begegnen, sondern selbst solche Oberwasserangriffe vorzunehmen. Diese Schnellfeuergeschütze können samt ihrem Panzerturm wie der Ausguckturm teleskopartig in den Schiffsraum versenkt werden, was bei einem schnellen Untertauchen von großer Wichtigkeit ist. Betrieben wird das Boot durch vier Dieselmotoren, die eine Fahrtschnelligkeit von 26 Knoten entwickeln können. Das mitgeführte Feuerungsmaterial gibt dem Boot einen Aktionsradius von 41 Seemeilen bei der höchsten Geschwindigkeit, kann aber bei entsprechend langsamerem Lauf bis auf 275 Seemeilen ausgedehnt werden. Die Ausmaße sind 130 Meter Länge, 11,14 Meter größte Breite, Tiefgang 7 beziehungsweise 9,7 Meter bei nicht versenktem Zustande bis zur Turmoberfläche.

Gerichtliches.

Wenn die Armen Kinder kriegen . . .

Eine der erschütterndsten Tatsachen, geeignet die bureaukratische Herrlichkeit unserer Zustände zu beweisen, ist die, daß, während sich hohe Behörden zwecks Hebung der Geburtenziffer den Kopf zerbrechen, zu gleicher Zeit verzweifelte Mütter aus Angst vor der Not ihre Kinder erwürgen oder ins Wasser werfen. Den bekannten Fällen dieser Art gesellt sich ein neuer zu, der vor wenigen Tagen vor dem Schwurgericht in Ulm aufgerollt wurde. Dort saß unter der Anschuldigung, zwei ihrer Kinder ertränkt zu haben, eine Mutter auf der Anklagebank, die das Elend mit ihrer Kinderschar so lange auf der Landstraße abgehetzt hatte, bis der Gram um den Hunger der Kleinen sie bewog, für sie im Wasser Erlösung zu suchen.

Ihr Mann, ein [illegible], hatte auf Grund einer Denunziation die Arbeit verloren, es mußten zur Stillung der dringendsten Bedürfnisse sämtliche Möbel verkauft werden, und schließlich kam die Obdachlosigkeit der ganzen Familie. In ihrer Not suchte die Frau beim Stiefvater Zuflucht, der selbst zehn Kinder zu versorgen hat. Dann begann um Weihnachten 1912 eine grauenvolle Wanderung. Ohne Geld, dürftig gekleidet, ohne Unterstützung des Mannes, stets von den vier Kindern begleitet, gehts von Ort zu Ort. In Eisenbahnwagen und im Walde wird genächtigt. Barmherzige Menschen verhüten den Hungertod. In der Verzweiflung wendet sich das gepeinigte Weib an die Polizeidirektion nach St. Ingbert, ihrem letzten ständigen Aufenthaltsort. Die Polizei nimmt sich der Sache so an, wie man es von der Polizei gewohnt ist: man gibt die unbequeme Last ab nach Metten, in das dunkelste Bayern. Hier, in der Heimat des Vaters der Kinder, sollte das gehetzte Weib die „Wohltaten“ des „Unterstützungswohnsitzes“ genießen. Der Bürgermeister von Metten war jedoch immer abwesend, sobald die Frau anklopfen wollte. Enttäuscht kehrte sie der ungastlichen Stätte den Rücken. Zu Fuß geht's über Landshut, München, Augsburg nach Ulm, drei Kinder an der linken Hand, eins auf dem Arme und eins unter dem Herzen. Und so acht Stunden täglich auf der Landstraße, bis in einer Scheuer oder Hütte der Mutter und den ermüdeten, frierenden und hungernden Kindern eine elende Lagerstätte winkt. Bis Uhingen geht die grausige Wanderfahrt. In einer Heuhütte am Ufer der Fils schlafen die Kinder tagsüber, abends schreien sie nach Brot. Die Mutter kann ihren Hunger nicht stillen. Sie besitzt nichts. Stehlen will sie nicht, trotz größter Not hat sie sich auf ihrer ganzen Wanderung nicht an fremdem Eigentum vergriffen. Da kommt ihr der Gedanke, ein Ende zu machen. Sie wirft ihre zwei kleinen Kinder in die Fils; mit dem Aufschrei „Mama!“ sinkt das jüngste unter. Die übrigen zwei größeren Kinder laufen schreckerfüllt davon.

Die Geschworenen haben jetzt diese unglückselige Mutter auf fünf Jahre ins Gefängnis geschickt. In dem Urteil aber hat — wie wir der Schwäbischen Tagwacht entnehmen — das Gericht sogar für die Elendswanderung dieser Familie die fast unglaubliche Bezeichnung einer „Lustreise“ geprägt!!

So hilft sich kleinbürgerliche Verlegenheit über die grausame Unbarmherzigkeit der polizeilichen Armenpflege hinweg. Und ungeachtet solcher Fälle werden hohe Behörden auch weiterhin „Maßnahmen“ aushecken, bestimmt, die Frauen des Volkes zum Kinderkriegen zu veranlassen. Gegen die Verzweiflung der Mutter, die ihre Kinder verhungern sehen, warten Polizei und Justiz dann mit dem Kerker auf!

Haben wir es nicht herrlich weit gebracht?

Literatur.

Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon des Deutschen Reichs. Fünfte, vollständig neubearbeitete und vermehrte Auflage. Auf Grund amtlicher Unterlagen von Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden herausgegeben von Dr. E. Uetrecht. Mehr als 210000 Artikel und Verweisungen mit 32 Stadtplänen, 19 Umgebungs- und Übersichtskarten sowie einer Verkehrskarte und vielen statistischen Beilagen. 2 Bände in Leinen gebunden zu je 18 Mark. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Der soeben ausgegebene zweite (und Schluß-) Band von „Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon“ ist noch umfangreicher als der im Herbst vorigen Jahres erschienene erste. Die beiden stattlichen und gewichtigen Bände umfassen zusammen 2338 Großoktavseiten und enthalten auf doppelt soviel Spalten mehr als 219 000 Artikel und Verweisungen. Da gibt es aber auch keine selbständige Siedelung in Deutschland, die hier nicht zu finden wären, und von der man nicht genaue Angaben über ihre geographische Lage erhielte und erfahren könnte, zu welchem Staate, zu welcher Provinz, zu welchem Regierungsbezirk, Kreis, Bezirksamt usw. sie gehört, wieviel Einwohner sie hat, welches Gericht, Bezirkskommando, Standesamt für sie zuständig ist, ob sie Post-, Telegraphen- oder Fernsprechverbindung hat und welche die nächste Bahn- oder Dampferstation ist. Aber nicht das allein, es unterrichtet auch über die im Orte bestehenden Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden, über die Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen, über Handel und Industrie, Berufsgenossenschaften, Märkte, Servisklasse und vieles andere mehr. Die Angaben des Werkes beruhen auf amtlichen Unterlagen und erreichen den denkbar höchsten Grad von Zuverlässigkeit und Vollständigkeit. Mit großem Geschick sind in das Werk die Verkehrsangaben hineingearbeitet. Besondere Artikel sind den schiffbaren Wasserstraßen gewidmet und dabei Vermerke über ihren Lauf, ihre Abzweigungen, Höhenmarken, Kilometerlängen, Schleusen sowie Angaben über Art der Schiffahrt, Abgaben, Flößerei usw. gemacht. Dagegen sind die Staats- und Kleinbahnen mit ihren Bahnstrecken und Stationen sowie die Personenfahrpost- und Automobilverbindungen jeweils im Zusammenhang mit den durch sie verbundenen und berührten Ortschaften angeführt. Wo derartige Verbindungen fehlen, ist stets die nächstgelegene Station für Bahn- oder für Schiffsverkehr und ihre Entfernung in Kilometern angegeben und kenntlich gemacht, ob sie dem Personen-, dem Güter- oder dem Gesamtverkehr dient. Bei Orten mit einer Kleinbahnstation ist die Uebergangsstation von der Staatsbahn auf die Kleinbahn vermerkt. Höchst wertvoll sind die dem Werke beigegebenen zahlreichen farbigen, hervorragend gut ausgeführten Stadtpläne und Umgebungskarten, von denen die „Verkehrs- und Reisekarte von Deutschland“ und der „Plan von Groß-Berlin“ zur bequemen Handhabung lose beigegeben sind, während die anderen Pläne und Karten jeweils bei dem betreffenden Ortsartikel erscheinen. Ausführliche Straßenverzeichnisse ermöglichen es dem Benutzer, sich sofort über die Lage der Straßen, der öffentlichen Gebäude, über die Straßenbahnlinien usw. zu unterrichten und das zuständige Amtsgericht, Bezirkskommando, Standesamt und Postbestellamt festzustellen. Die Plan- und Kartenbeigaben wären schon für sich selbst ein höchst verdienstvolles Unternehmen. Außer ihnen bringt „Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon“ aber auch noch einen Anhang mit Uebersichten über Deutschlands Gerichtswesen, über die Verfassung und politische Einteilung des Reichs, über Postwesen, Eisenbahnwesen, Einteilung und Standorte der deutschen Wehrmacht, über die Reichsbank und ihre Zweige, die Handels- und Landwirtschaftskammern, die Konsulate, den Binnenschiffahrtsverkehr, über Münzen, Maße und Gewichte, eine Zinstabelle u. a. Eine solche Vielseitigkeit läßt das Werk mit dem an sich spröden Stoff kaum ahnen. Jedenfalls wird es darin von keinem Unternehmen ähnlicher Art erreicht. Was man sich sonst an geographischen, verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und statistischen Angaben mühsam aus vielen Nachschlagebüchern zusammensuchen mußte, hier ist alles planvoll, übersichtlich, zuverlässig und erschöpfend zusammengetragen und damit ein noch dazu preiswertes Werk geschaffen worden, von dem man dreist behaupten kann, daß es in den einschlägigen Fragen nirgends umsonst zu Rate gezogen werden wird. Wer erst einmal seine Vorzüge kennen gelernt hat, wird es nie mehr missen wollen. Es ist unentbehrlich für alle Behörden und Kontore und verdient wirklich unumschränktes Lob.

Nr. 13 der „Glühlichter“ steht im Zeichen des Kaiser Wilhelmsjubiläums. Darüber kommt aber der reichliche Stoff, den das politische Leben Oesterreich-Ungarns immer wieder der Satire bietet, keineswegs zu kurz und insbesondere kommen die Balkandummheiten unserer hochweisen Staatslenker wieder ordentlich zum Handkuß. Die künstlerische Ausstattung des Blattes schreitet sichtlich von Nummer zu Nummer vorwärts und rückt bereits dem Besten nahe, was in Deutschland in dieser Hinsicht heute geboten wird. Der Text ist nicht nur überaus reichhaltig und mannigfach, sondern was die Hauptsache ist, wirklich eines guten Witzblattes würdig. Immer mehr entwickeln sich die „Glühlichter“ zu einer schneidigen und wirksamen Waffe des österreichischen Proletariats.

Probenummern sind stets gratis zu beziehen vom Verlag der „Glühlichter“ Wien 4. Gumpendorferstraße 18.

Humor und Satire.

Zu lebhaft. „Was? Du bist nun auch aus dem Verein „Die stillen Brüder“ ausgetreten?“ — „Ja, freilich! Das ist schrecklich, wie's da zugeht! Nun besteht er vierzehn Tage und während dieser Zeit war schon jedes Mitglied dreimal Vorstand.“

*

Erlebtes. Erna wünscht dringend noch Mehlspeise und sagt: „Ich will aber noch essen!“ Mama rügt das Kind: ein so kleines Mädchen habe noch keinen Willen. Nach einer Weile ruft Erna frohlockend: „Ich mag aber noch. Ein kleines Mädchen hat doch einen Magen!“

*

Der Naturforscher. Kurtchen kommt aus dem Zoo und erzählt wichtig: „Mammi, was ich gesehn habe: der Büffel hat von hinten geduscht!“

*

Der Steuerbeamte. „Sie, Männeken, Sie haben soeben in einer Sekunde für 5 Pfennig Schnaps getrunken, macht in der Minute 3 Mark, in der Stunde 180 Mark, pro Tag 4320 Mark und pro Jahr 1 576 800 Mark! Ich veranlage Sie also mit diesem Vermögen zum Wehrbeitrag!“

Geschäftliches.

„Mein Kind will die Flasche nicht mehr nehmen“, klagt so manche Mutter. Da weiß ein Arzt guten Rat, er schreibt: „Ich betrachte Kathreiners Malzkaffee als guten Ersatz, wenn die Zeit kommt, wo Kinder nicht mehr ausschließlich Milch nehmen wollen, und halte ihn für außerordentlich bekömmlich und vollkommen unschädlich.“ Und in der Tat, für Kinder ist Kathreiners Malzkaffee unersetzlich; er wird von ihnen gern genommen und gut vertragen. Viele Mütter haben schon ausprobiert, daß ihre Kinder sich jedesmal freuen, wenn sie ihre Flasche mit Kathreiners Malzkaffee und Milch gefüllt bekommen, während sie vorher reine Milch aus der Flasche absolut nicht mehr nehmen wollten. Auch in fieberhaften Krankheitsfällen leistet Kathreiners Malzkaffee als Zusatz zur Milch sehr gute Dienste. Für Kinder und Erwachsene, für Kranke und Gesunde ist er ein leicht bekömmliches, nahrhaftes Getränk und sollte in keinem Haushalt fehlen.

Die Firma **Stiefelkönig**, Schuhwarenhaus, Breitgasse 120, bekannt durch solide Waren und billige Preise, veranstaltet vom 8.–15. Juli eine **„Braune Woche“**, die dem kaufenden Publikum ganz bedeutende Vorteile bietet. Wir verweisen auf das Inserat im Hauptblatt der heutigen Nummer unseres Blattes.

Reichtum

ist Macht, aber Schönheit noch mehr, letztere verleiht ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen und blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul, à St. 50 Pf. Ferner macht der Cream „Dada“ (Lilienmilch-Cream) rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

Sparverein Arbeiter-Druckerei Westpreußen.

Am **Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr**, findet in der **Maurerherberge**, Schüsseldamm Nr. 28, die

General-Versammlung

statt. Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
3. Verschiedenes.

Die Einzelmitglieder und die Vertreter der Organisationen, die finanziell an dem Sparverein beteiligt sind, werden zu zahlreicher Teilnahme eingeladen.

Der Vorstand. A. Bartel, Vorsitzender.

Max Olimski

Juwelier und Goldschmiedemeister

Danzig, Goldschmiedegasse 29

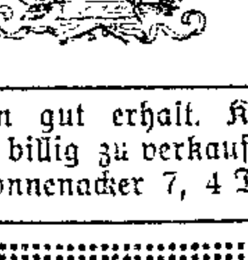
Gegr. 1895.

Großes Lager in Gold-, Silber- und Alfenide-Waren.

Spezialität:

Selbstanfertigung von Trauringen.

Altes Gold wird in Zahlung genommen.



Gesangverein Sängergruß.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am **Mittwoch Übungsstunde** und die Generalversammlung vertagt ist.

Der Vorstand.

Ein gut erhalt. Kinderwagen ist billig zu verkaufen Schidlitz, Nonnenacker 7, 4 Tr.

Halte meine Schuhmacherei den werten Genossen bestens empf. **Fritz Robaczek**, Jungferng. 30.

Vorwärts-Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.

Erweckt. Ein Roman aus dem Proletarierleben von **A. Ger.**

Der Ausweg. Eine Erzählung von **Ernst Preczang.**

Das Land der Zukunft. Reisebeschreibung von **Leo Kolisch.** Mit einer Einleitung von **Paul Göhre.**

Verschrobenes Volk Von **R. Grötzsch.**

Der Prinzipienreiter. Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 v. **Wilhelm Blos.**

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen von **Ernst Preczang.**

Der Pariser Garten u. Anderes v. **Minna Kautsky.**

Mutter. Ein Frauenschicksal von **Joh. Ferch.**

Jeder Band gut gebunden 1 Mark.

Die Vorwärts-Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungs-Lektüre für jede Arbeiterfamilie.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.